

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

5. Sitzung
31. März 2022

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 14.03 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

**Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700 bis 0721, 0740 bis
0752, 0780 sowie**

**Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der
Bezirke – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und
Klimaschutz – alle Titel mit Bezug zu Umwelt,
Verbraucher- und Klimaschutz (auf Drucksache
19/0200-Anlage)**

– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

[0031](#)
UVK
Haupt(f)

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert, dass die vorab eingegangenen Fragen und Berichtsaufträge der Fraktionen zur ersten Lesung in einer Synopse – siehe Anlage zum Be-

schlussprotokoll – zusammengeführt worden seien, die dem Ausschuss und dem Senat vorab übermittelt worden sei. Zudem liege die Synopse als Tischvorlage vor und könne auf der Webseite des Abgeordnetenhauses eingesehen werden. Die Synopse sei die Beratungsgrundlage, anhand derer die Beratung durchgeführt werde. Der Ablauf der Haushaltsberatung folge der vom Ausschuss in der 4. Sitzung am 17.03.2022 beschlossenen Regularien – [siehe hierzu Beschlussprotokoll] –. Personalitel und Stellenpläne aller Einzelpläne würden in den entsprechenden Unterausschüssen des Hauptausschusses beraten. Der Fachausschuss könne dazu jedoch übergeordnete Fragen erörtern.

Einzelplan 07 – Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Einleitende Stellungnahme

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) bittet um Verständnis, da sie später aufgrund einer Pressekonferenz der drei Bürgermeister/-innen zum 100-Tage-Programm nicht mehr anwesend sein könne. Des Weiteren werde erläutert, was die Prämissen und Herausforderungen des Haushaltsentwurfs gewesen seien. Positiv sei, dass der Ausbau des ÖPNV weiter vorgebracht werden könne, denn dieser sei die Basis für eine gelingende Verkehrswende. Diese werde helfen, klimaschädliche fossilen Energieträgern abzulösen und auch von russischen Rohstoffen unabhängig zu werden. Der ÖPNV-Aufwuchs binde daher nahezu drei Viertel des mit 2,5 Milliarden Euro sehr umfangreichen Etats des Einzelplans 07. Von diesen drei Vierteln sei auch der Großteil in Verkehrsverträgen fixiert und könne nicht eingespart werden. Das müsse in der folgenden Diskussion beachtet werden.

Die Grundbedingung des Doppelhaushaltsentwurfs 2022/23 war, dass konsolidiert werden müsse, um im nächsten Doppelhaushalt einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Es gebe einen kleinen Aufwuchs von 2,5 Prozent, dieser sei aber auf dem coronabereinigten Ist von 2021 aufgesetzt, was ein deutlich niedriger Ausgangspunkt sei. Die Aufwüchse in den Verkehrsverträgen seien deutlich höher als 2,5 Prozent, sodass jeder bewegliche Titel auf Sparmöglichkeiten hätte geprüft werden müssen. Dabei sollte die Priorisierung des Klima- und Naturschutzes beibehalten werden. Das führe zu einer Priorisierung und einer nicht ausreichenden Erfüllung von Bedarfen mancher Bereiche. Dabei sei die Bewertung der tatsächlichen Umsetzbarkeit ein Faktor gewesen. Einsparungen seien etwa bei Titeln möglich gewesen, die kaum abgerufen worden seien, sowie bei Titeln, deren Umsetzung durch Personal-mangel der Bezirke und der SenUMVK gefährdet sei. Das könne insofern ausgeglichen werden, dass andere Gelder effektiver eingesetzt würden. Titel mit einer vertraglichen Bindung oder Titel, bei denen eine EU- oder Bundesförderung in Anspruch genommen werden könne, seien priorisiert worden. Den Großteil der Einsparungen hätten aufgrund ihres Volumens aber die Titel des Mobilitätsbereichs getragen.

Im Haushalt seien Schwerpunkte beim Klimaschutz, der Klimafolgenanpassung, dem Naturschutz, dem Stadtgrün und der Nachhaltigkeit gelegt worden. Die Wärmewende müsse weiter forciert werden, was die die weitere Umsetzung des Masterplans Solarcity nötig mache. Das Lastenradprogramm werde weiter fortgesetzt. Ein neuer Schwerpunkt sei die Klimafolgenanpassung, etwa mit Entsiegelungen, Regenwassermanagement und einem Hitzeaktionsplan.

Im Naturschutz werde die Arbeit der Stiftung Naturschutz weiter gefördert und das Ökokonto sowie das Programm für nachhaltige Entwicklung – BENE – ausgebaut. Für dieses Programm gebe es auch Fördermittel der EU. Die Möglichkeit, Bundes- und EU-Gelder abzurufen, werde durch eine Umorganisation in der SenUMVK in den nächsten Jahren verbessert. Es werde weiter gegen Lärm- und Feinstaubbelastung vorgegangen und der Masterplan Wasser weiterentwickelt. Da brauche es große Investitionsbedarfe, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Finanzverwaltung angegangen werden müssten. Diese seien bisher nicht im Haushalt abgebildet, aber es brauche weitere Anstrengungen, um den Wasserbedarf auch in Zukunft langfristig zu sichern. Das Freiwillige ökologische Jahr mit 360 Plätzen werde fortgeführt, um folgende Generationen früh für den Umweltschutz zu sensibilisieren. Die Stadtbaumkampagne und Mischwaldprogramm würden verstetigt und grüne Infrastrukturprojekte weiter ausgebaut, etwa beim Mauerpark, Spreepark oder Tempelhofer Feld. Beim Verbraucherschutz lägen die Schwerpunkte in der Ernährungsstrategie und der Lebensmittelverschwendung. Dazu werde die "Kantine Zukunft" weiter gefördert, und in allen Bezirken sollten Lebensmittelpunkte eingerichtet werden. Eine Filiale der Verbraucherzentrale werde im östlichen Berlin aufgebaut. Das Tierheim, die Tiertafel und die Arbeit der Landestierschutzbeauftragten würden weiter unterstützt.

Einzelberatung

Der Ausschuss bittet um die Beantwortung der in der Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – aufgeführten Fragen und die Übermittlung der angeforderten schriftlichen Berichte rechtzeitig zur zweiten Lesung am 12. Mai 2022.

Darüber hinaus wurde zu folgenden Titeln in der Ausschusssitzung ausgeführt:

Übergreifende Fragen

Frage Nr. 1, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchem Einzelplan und in welchem Kapitel kann den Umwelt- und Naturschutzämtern das notwendige Personal zugeordnet werden, damit die anstehenden Aufgaben adäquat bewältigt werden können?

Jörg Pietsch (SenUMVK) erläutert, dass die Stellen nicht im Einzelplan veranschlagt seien und direkt bei den Bezirken oder den entsprechenden Ausschüssen abgefragt werden müssten.

Ellen Haußdörfer (SPD) fragt nach, wo die Stellen genau veranschlagt seien bzw. ob eine Zahl bekannt sei, wie viele Stellen in den Bezirken dafür zuständig seien. Lägen eventuell dem Unterausschuss Personal durch Berichte der Bezirke Zahlen dazu vor?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) ergänzt, der Senat habe einen Aufwuchs von mehr als 200 Stellen mit den Bezirken vereinbart. Diese würden nun in der AG Ressourcensteuerung inhaltlich zugeordnet und auf die Behörden verteilt. Es sei zu hoffen, dass die angesprochenen Ämter genug Mitarbeiter/-innen zugeteilt bekämen. Eventuell sei es hilfreich, die Abgeordneten im Unterausschuss Personal anzusprechen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Frage Nr. 2, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie viele Ausbildungsplätze und Plätze für duales Studium stellen jeweils die in Kapitel 0750 veranschlagten landeseigenen Unternehmen und deren Töchter?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Frage Nr. 3, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Planungen verfolgt der Senat zur Verringerung der Mehrfachbelastungen nach Umweltgerechtigkeitsatlas?

Sybille Schultz-Hüskes (SenUMVK) erläutert, dass der Umweltgerechtigkeitsatlas die Umweltbelastungen, etwa die Luft-, Lärm- und bioklimatische Belastung, sowie die Versorgung mit Grünflächen kartiere, und das mit den Sozialbereichen der Stadt abgleiche. Ein Pilotprojekt habe gezeigt, dass viele sozial belastete Bereiche auch mit Umweltbelastungen belastet seien. Die Planungen zur Verringerung dieser Mehrfachbelastungen umfassten eine Vielzahl von konzeptuellen Maßnahmen und Fördermaßnahmen, es sei jedoch kein umfassendes Förderprogramm. Zum Beispiel plane die SenUMVK, die Karten regelmäßig zu aktualisieren und neue Daten zu erheben. Fortgeführt werde die Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung an Bund-Länder-Arbeitsgruppen, außerdem werde wieder ein großes Fachforum sowie ein Leitfaden für Quartiermanager, wie das Thema stärker berücksichtigt werden könne, geplant. – Förderungen gebe es im Rahmen von „BENE Umwelt“, wo in einer bestimmten Fördergebietskulisse, etwa in sozial belasteten Gebieten, Umweltmaßnahmen gefördert würden, ebenso die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Frage Nr. 4, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Zusammenstellung aller Haushaltstitel und Maßnahmen, die zur Fortsetzung und Umsetzung der WRRL im DHH verankert sind sowie Darstellung des Standes der Umsetzung laufender Projekte. Wird mit dem aktuellen Fahrplan die Vorgabe zur Umsetzung der WRRL längstens bis 2027 erreicht?

Ist das Personal für die Umsetzung des Masterplan Wasser und die Umsetzung der WRRL auskömmlich? Sind die geplanten Maßnahmen der Wuhlerenaturierung finanziell abgesichert?

Benedikt Lux (GRÜNE) präzisiert die Frage dahingehend, ob zusätzliche Mittel in diesem Doppelhaushalt helfen, den Masterplan Wasser voranzubringen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Frage Nr. 8, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie viele Flugreisen wurden in 2020/21 unternommen?

Jörg Pietsch (SenUMVK) antwortet, in 2020 seien 14 und in 2021 2 Flugreisen unternommen worden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Frage Nr. 11, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bericht zur Anwendung und Ausschöpfung von Förderprogrammen der EU und des Bundes (ESF, BENE, EFRE, UEP II) – Zusammenfassung der Titel

Julia Schneider (GRÜNE) greift auf, dass am 29. März 2022 seitens der Bundesregierung die Eckpunkte des Aktionsprogramms „Natürlicher Klimaschutz“ vorgelegt worden seien. Ziel sei es, 4 Milliarden Euro in Kohlestoffsinken wie Wälder und Moore zu investieren. – Habe die SenUMVK bereits Pläne, an welchen Stellen und nach welchen Kriterien das in Berlin umgesetzt werden könne?

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] antwortet, dass das BEK fortgeschrieben und einen integrierten Teil zur Klimawandelanpassung, weitere Maßnahmen und Aussagen zum Thema Förderung enthalten werde.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) ergänzt, dass die zusätzlichen Bundesmittel erfreulich seien und auf jeden Fall genutzt würden. Die genauen Konditionen seien aber noch unbekannt.

Felix Reifschneider (FDP) wirft die Frage auf, worauf sich die Annahme gründe, dass zusätzliche Bundesmittel genutzt werden könnten. In der einleitenden Stellungnahme sei geäußert worden sei, dass Personalmangel die Umsetzung vieler Titel verhindere.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) stellt klar, dass die fehlende Umsetzungsmöglichkeit ein Kriterium bei der Konsolidierung gewesen sei, aber es durchaus auch Titel mit Umsetzungsmöglichkeiten gebe, die durch zusätzliches Finanzmittel profitierten.

Julia Schneider (GRÜNE) teilt mit, dass ihre mündliche Frage beantwortet sei, aber zur Frage Nr. 11 ein schriftlicher Bericht erbeten werde.

Felix Reifschneider (FDP) bittet um Klarstellung, da die Antwort so interpretiert werden könne, dass noch ausreichend Kapazitäten im Senat und den Bezirken vorhanden sei, um die zusätzlichen Finanzmittel umzusetzen.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, dass die Verwaltung die zusätzlichen Mittel aus dem Bundesprogramm zur Moorerneuerung etwa für zusätzliche Personalstellen

einsetzen könne. Außerdem werde versucht, Bundesmittel vorrangig vor Landesmitteln zu nutzen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Frage Nr. 19, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen sind mit welchen konkreten Zielen im Rahmen des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms im Einzelnen geplant? Wer sind jeweils die Begünstigten bzw. Projektträger? Wie war der Mittelabfluss jeweils in den Jahren 2020 und 2021?

Felix Reifschneider (FDP) teilt mit, dass diese Frage mit einem schriftlichen Bericht beantwortet werden solle. – Des Weiteren kündige er für die FDP-Fraktion an, dass weitere übergreifende Fragen zum Thema CO₂-Einsparung eingereicht würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist darauf hin, dass die Fragen bis zum nächsten Tag um 12.00 Uhr eingereicht werden müssten.

Benedikt Lux (GRÜNE) merkt an, dass es einen Monitoringbericht zum BEK gebe, der die Begünstigten und die Projektträger aufführe. Außerdem veröffentliche der Hauptausschuss Ist-Listen, die den Mittelabfluss dokumentierten. Das könne manche Fragen schon im Vorfeld klären. Insofern solle der SenUMVK die Möglichkeit gegeben werden, Teile der Fragen mündlich zu beantworten.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) verweist darauf, dass die Frage der derzeit laufenden Fortschreibung des BEK zuvorkomme, was die Beantwortung erschwere.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Frage Nr. 15, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen der Bürgerbeteiligung sind in welchen Titeln mit welchem Budget geplant und welche Maßnahmen mit welchem Budget gehen über die gesetzlichen Erfordernisse hinaus?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) schlägt vor, dass Fragen, die sich auf einen Titel oder ein Thema bezögen, in einem Bericht beantwortet würden.

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Frage Nr. 24a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Welche Veröffentlichungen sind für den Umwelt- und Klimaschutzbereich vorgesehen? Wieso liegt die quantitative Gewichtung der Ausgaben zu über 90 Prozent im Mobilitätssektor?

Frage Nr. 24b, Fraktion der CDU

Zu Nr. 4: Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 2020 und 2021 zu welchen Kosten im Rahmen der Mobilitätskampagne umgesetzt? Welche Maßnahmen sollen in den Jahren 2022 und 2023 zu welchen Kosten umgesetzt?

Zu Nr. 5: Welche Kommunikationsmaßnahmen zum Radverkehrsplan sollen in den Jahren 2022 und 2023 zu welchen Kosten umgesetzt werden? Weshalb sind nur Kommunikationsmaßnahmen ausschließlich zum Radverkehr vorgesehen?

Frage Nr. 24c, AfD-Fraktion

Punkte 3 und 4: Bitte darlegen welche Maßnahmen für die Mobilitätskampagne und die Kommunikationsmaßnahmen zum Radverkehrsplan vorgesehen sind.

Frank-Christian Hansel (AfD) führt aus, dass eine mündliche Antwort ausreiche.

Jörg Pietsch (SenUMVK) antwortet, dass die Frage schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde. Der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen

Frage Nr. 26, Fraktion der CDU

Wodurch kommt der deutlich unterschiedliche Ansatz zustande?

Dr. Jürgen Krafczyk (SenUMVK) erläutert, der unterschiedliche Ansatz gehe auf Rückerstattungen der Umsatzsteuer für Toilettenanlagen zurück. Da die öffentlichen Toiletten entgeltpflichtig seien, würden Einnahmen in Höhe von circa 500 000 Euro generiert. Deswegen sei die Verwaltung ein Betrieb gewerblicher Art und müsse Umsatzsteuer entrichten. Die gezahlte Umsatzsteuer für den Betrieb und die Errichtung der Toilettenanlagen wiederum würde rückerstattet. Dieser Betrag sei höher, als die letztlich zu zahlende Umsatzsteuer. Dass der

Betrag in 2022 höher als in 2023 sei, sei damit zu erklären, dass Rückerstattungen des Finanzamts für die Vorjahre erwartet würden und die bis 2022 verstärkt stattgefundenen Errichtung neuer Anlagen berücksichtigt sei. Später würden nur die Betriebskosten der Anlagen in der Umsatzsteuerberechnung berücksichtigt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 52703 – Dienstreisen

Frage Nr. 28, Fraktion der CDU

Welche Dienstreisen sind für 2022 und 2023 geplant? Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten, die sich durch den Einsatz von Videokonferenzen bieten? In welchem Maße wurden in den Jahren 2020 und 2021 Videokonferenzen statt Dienstreisen genutzt und wie wird dies in den Jahren 2022 und 2023 fortgesetzt werden?

Dr. Jürgen Krafczyk (SenUMVK) führt aus, dass im Jahr 2020 vor der Pandemie nur noch eine Dienstreise nach Brüssel stattgefunden habe. Danach hätten nur Videokonferenzen stattgefunden. Die im Titel veranschlagten Dienstreisen beträfen vor allem Dienstreisen der Hausleitung in der EU und international. – Im ersten Halbjahr 2022 seien noch keine größeren Dienstreisen möglich. Für die Zeit danach gebe es Planungen für einen Antrittsbesuch der Senatorin bei der EU-Kommission sowie dem EU-Parlament. Mit Brüssel bestehe auch eine Städtepartnerschaft, deren dreißigjähriges Jubiläum anstehe. Es gebe weiterhin Städtepartnerschaften mit Jubiläen, beispielsweise mit Brüssel, Jakarta, Mexiko-Stadt, Taschkent, Madrid und Paris. Hier müsse aus finanziellen Gründen priorisiert werden. Diese Planungen müssten noch mit der Hausleitung aufgrund der vorläufigen Haushaltswirtschaft und der Pandemie abgestimmt werden. Es gebe weitere Formate wie die Green Week sowie die European Mobility Week, die besucht werden könnten. Die Teilnahme an internationalen und europäischen Veranstaltungen verursache Kosten, aber digitale Formate könnten die persönliche Begegnung nicht adäquat ersetzen.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) ergänzt, dass der Prozess der strategischen Jahresplanung noch laufe und das Thema Dienstreisen noch nicht besprochen worden sei.

Danny Freymark (CDU) vertritt die Meinung, dass Dienstreisen und die persönliche Begegnung zur Pflege von Netzwerken wie der Städtepartnerschaft C40 sehr wichtig seien. Insofern unterstütze er derartige Dienstreisen der Senatorin.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 54083 – Leistungen für die öffentlichen Toilettenanlagen

Frage Nr. 29a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie viele Toiletten sind bereits errichtet? Wie viele neue Standorte sollen in 2022 und 2023 geschaffen werden? Wo sollen die Standorte geschaffen werden? Wie viele

Toiletten sind hier für den Betrieb jeweils veranschlagt? Wie hoch sind die Beschaffungskosten und wie hoch die Betriebskosten für die öffentlichen Toiletten im Straßenland? Wann wird die erweiterte Versorgung beauftragt und ist diese nächste Ausbaustufe hier im Ansatz berücksichtigt?

Wie viele Toilettenanlagen im Berliner Stadtgrün sollen aus den Mitteln des Innovationsfonds angeschafft werden? Welche Standorte sind geplant? Wie werden die Bezirke und Verbände bei der Standortwahl und den Anforderungen an die Toiletten in Grünanlagen eingebunden?

Welche Förderprogramme können genutzt werden?

Frage Nr. 29b, Fraktion der CDU

Wie viele Toiletten wurden in den Jahren 2020 und 2021 an welchen Standorten (bitte pro Bezirk) errichtet? Wie viele Toiletten sollen in den Jahren 2022 und 2023 an welchen Standorten zu welchen Kosten errichtet werden?

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, die Frage 29a mit einem schriftlichen Bericht zu beantworten.

Danny Freymark (CDU) ergänzt die Frage, ob die Toilettenanlagen weiter ausgebaut würden, etwa mit einem kostenlosen Trinkbrunnen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Kapitel 0709 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Personalüberhang –

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Umweltpolitik, Abfallwirtschaft und Immissionsschutz -

Übergreifende Fragen

Frage Nr. 31, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Auflistung aller Ansätze und Maßnahmen zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie und des Abfallwirtschaftskonzeptes

Außerdem: Stehen im Haushaltsentwurf ausreichend zweckgebundene Personalmitel (für drei Stellen pro Bezirk) für die Bezirke zum Vollzug der Gewerbeabfallverordnung von Siedlungsabfällen bereit?

Ist das Vollzugspersonal in SenUMVK für den Bereich Bauabfälle ausreichend (Bedarf und Kosten analog zu Siedlungsabfällen)?

Stehen im Haushaltsentwurf genügend Mittel für die Zero-Waste-Agentur bereit, so dass diese zu 100 Prozent aus dem Haushalt finanziert werden kann; wie hoch sind die Mittel hierfür?

Was ist im Titel 68569 unter dem Punkt „Mehrwegsystem“ geplant?

in Verbindung mit

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Frage Nr. 32, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Ist das Personal für die Kontrolle der Gewerbeabfallverordnung auskömmlich. Wie viele Kontrollen gab es mit welchem Ergebnis? Welche CO₂-Einsparungen könnten realisiert werden, wenn bei den zuständigen Stellen mehr Personal zur Verfügung gestellt werden würde? Mit welchen Einnahmen könnte gerechnet werden?

Sybille Schultz-Hüskes (SenUMVK) erläutert, um das zentrale Thema Zero Waste im Bereich der Abfall- und Kreislaufwirtschaft zu stärken, würden die Re-Use-Maßnahmen weitergeführt, etwa die Einrichtung eines Re-Use-Baumarkts sowie Maßnahmen im Bereich Mehrweg und Kreislaufwirtschaft zur Vermeidung und dem Recycling von Biomasse. Der Bereich Ressourcenschonung und -effizienz werde weiterentwickelt. Hier könnten eventuell Mittel aus dem Innovationsfonds akquiriert werden, um zu prüfen, ob eine Ressourcenschonungsagentur eine zielführende Einrichtung wäre.

Die Zero-Waste-Agentur sei und bleibe ein wichtiger Bestandteil des Zero-Waste-Konzepts. Zusammen mit der BSR sei eine Studie in Auftrag gegeben worden, die die Aufgaben und die Abgrenzung zu den sonstigen Beratungsaufgaben ausarbeite. Damit solle die Struktur dieser Agentur bestimmt werden. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung stünden die anfangs veranschlagten 1,5 Mio. Euro nicht voll zur Verfügung, weshalb die Ergänzung mit anderen Finanzierungslösungen geprüft würde. Eine Möglichkeit wäre die Beteiligung der BSR, was aber eine Gebührenerhöhung zur Folge hätte. Die andere sei, die Finanzierung zeitlich zu strecken. Das Projekt sei aber nicht aufgegeben.

Die Frage zum Personal für die Kontrolle der Gewerbeabfallverordnung werde schriftlich beantwortet. Sie könne aber bestätigen, dass der Bedarf finanziell derzeit nicht voll abgebildet werde. Diese Kontrollen könnten jedoch helfen, die CO₂-Einsparpotenziale und Recyclingpotenziale im Bereich des Gewerbebereichs zu heben. Überschlägige Berechnungen zeigten, dass 50 000 Tonnen CO₂ pro Jahr gespart werden könnten. Forderungen nach Kontrollen kämen auch von Unternehmen, die sich bereits korrekt verhielten. Zur Unterstützung der Mehrwegsysteme und zur Vernetzung der Systeme gebe es weitere Maßnahmen. Es gebe auch ein Pilotprojekt zu dezentralen Spülmöglichkeiten in der Nähe des Mauerparks und für Rücknahmemöglichkeiten.

Benedikt Lux (GRÜNE) konkretisiert, dass sich Antwort auf die Frage Nr. 32 vor allem auf die Personalstellen zur Kontrolle der Gewerbeabfallverordnung konzentrieren solle. – Wo müssten diese Stellen etatisiert werden? Er gehe davon aus, dass die meisten auf Bezirksebene

im Vollzug etatisiert werden müssten. Auf der anderen Seite könne auch über Unterstützung seitens der Hauptverwaltung nachgedacht werden. Die Frage 34a könne bei diesem Fragenkomplex miteinbezogen werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist darauf hin, dass weitere Fragen für schriftliche Berichte bis zum nächsten Tag um 12 Uhr eingereicht werden müssten.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) wendet ein, dass die Frage schon im formulierten Berichtsauftrag enthalten sei.

Danny Freymark (CDU) bittet, dass dazu ein ausführlicher Bericht angefertigt werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Katalin Gennburg (LINKE) weist darauf hin, dass bei manchen Fragen in der Synopse die Berichtsbitte im Fragentext enthalten sei und nicht in der Spalte „Bemerkungen“.

Titel 54105 – Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) bittet um Klarstellung, da zu diesem Titel kein Bericht gewünscht sei.

Ellen Haußdörfer (SPD) bestätigt, dass der Titel nur zurückgestellt werden solle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt werde.

MG 03

Titel 88304 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)

in Verbindung mit

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II –BENE II- (Förderperiode 2021-2027)

und

Titel 89219 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung -BENE- (Förderperiode 2014-2020)

sowie

Titel 89220 – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung II -BENE II- (Förderperiode 2021-2027)

Frage Nr. 40, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie wird sichergestellt, dass die Mittel auch in voller Höhe ausgegeben werden? Welche CO₂-Ersparnis gab es ca.? Wie wird gewährleistet, dass die Mittel zu einer bestmöglichen CO₂-Ersparnis führen? Können Projekte zur Aufwertung sog. Kleingewässer – ggf. durch die Bezirke – durch BENE bewirtschaftet werden? Kann hier Moorschutz bzw. Renaturierung bestimmter Moore finanziert werden? Kann die Moorkarte/das Moorprojekt aktualisiert werden?

Ellen Haußdörfer (SPD) bittet, dass ein schriftlicher Bericht angefertigt werde.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) schlägt vor, dass die Fragen bis zur lfd. Nr. 44 zusammengefasst in einem umfassenden Bericht zum Programm BENE beantwortet würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen Nr. 40 bis Nr. 44 mit einem schriftlichen Bericht beantwortet würden und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt seien.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - Integrativer Umweltschutz -

Übergreifende Fragen

Frage Nr. 45, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchem Titel wird ein Konzept „für die bessere Vereinbarkeit von urbaner Gewässernutzung und Naturschutz zu entwickeln“, etatisiert? Bitte um Erläuterung des inhaltlichen Konzepts.

Katalin Gennburg (LINKE) weist darauf hin, dass die Frage nach dem inhaltlichen Konzept einen schriftlichen Bericht nötig mache.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Titel 09901 – Abwasserabgabe

Frage Nr. 46, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Warum sind die Gebühren bzw. die Einnahmen daraus so niedrig?

in Verbindung mit

Titel 11147 – Grundwasserentnahmeentgelt

Frage Nr. 47, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Warum sinken die Entgelte von Dauernutzern? Warum sind die Entgelte bzw. die Einnahme so niedrig? Ist ein Oberflächenwasserentnahmeentgelt geplant? Wenn ja, bis wann in welcher Höhe und bis wann?

Matthias Rehfeld-Klein (SenUMVK) erläutert, die Abwasserabgaben orientierten sich am Abwasserabgabegesetz und berechneten sich nach Schadenseinheiten. Die geringen Einnahmen ergäben sich eventuell daraus, dass die Berliner Wasserbetriebe – BWB – in die Abwasserreinigung investiert habe und daher weniger Abwasserabgaben zahlen müsse. Es sei ein Anreizsystem, das Investitionen in die Abwasserreinigung belohne. Insofern sei das Absinken der Einnahmen im Vergleich zu früheren Haushalten zu begrüßen.

Benedikt Lux (GRÜNE) präzisiert, die Intention für den Berichtsauftrag Nr. 47 sei eher politisch als haushälterisch. Das Ziel müsse sein, die Abgaben für den Wasserverbrauch und die Grundwasserentnahme zu erhöhen, da diese seit Jahrzehnten nicht mehr gestiegen seien, wohl aber die Investitionen in die Wasserreinigung. Die Frage werde dahingehend umformuliert, ob der Senat plane, die Gebühren zu erhöhen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 50a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht: Wie ist der geringere Abfluss der Mittel für die Regenwasseragentur zu erklären? Wofür wird der Aufwuchs vom derzeitigen Ist verwendet?

Frage Nr. 50b, AfD-Fraktion

Teilansatz 7: Bitte die Verwendung der Mittel aufschlüsseln!

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) schlägt vor, dass die Frage mündlich beantwortet werde.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, warum die Finanzierung der Regenwasseragentur reduziert werde, obwohl ein Ausbau notwendig sei.

Benedikt Lux (GRÜNE) schlägt vor, dass im weiteren Verlauf der Sitzung die Senatsverwaltung die Fragen generell mündlich beantworten könne, wenn diese das wünsche, und im Nachgang bewertet werde, ob die Antwort ausreiche.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist darauf hin, dass er sich an den Verfahrensregeln orientiere. Wenn in der Synopse ein schriftlicher Bericht gewünscht sei, müssten die fragestellende Fraktion entscheiden, ob eine mündliche Antwort ausreiche.

Benedikt Lux (GRÜNE) merkt an, dass der Senat gemäß der Geschäftsordnung immer das Recht habe, das Wort zu ergreifen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ wendet ein, das sei im bisherigen Ablauf auch respektiert worden.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) unterstreicht, sie sei mit dem bislang praktizierten Verfahren zufrieden gewesen.

Matthias Rehfeld-Klein (SenUMVK) erläutert, dass die Regenwasseragentur seit vier Jahren aufgebaut und entsprechendes Personal angeworben werde, aber der angespannte Personalmarkt habe Verzögerungen verursacht. Vor vier Jahren sei der Etat um 300 000 Euro auf 900 000 Euro aufgestockt und der Vertrag verlängert worden, was eine gute Perspektive für die Mittelfristplanung gegeben habe. Die SenUMVK erwarte, dass bis 2023, spätestens 2024, die 900 000 Euro ausgeschöpft würden. Der Titelantrag sehe das noch nicht vor, aber fachlich werde die Mittelausschöpfung angestrebt und auch erreicht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 67189 – Kostenersatz an Länder für das Wasserspeichersystem LOHSA II

Frage Nr. 51, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie lautet der genaue Zeit- und Maßnahmenplan?

Inwiefern wird dem Absinken der Wasserführung lediglich „begegnet“? Warum wird dieses nicht „verhindert“ oder zu einem hohen Grad „vermieden“? Wie stellen sich die Daten für einen idealerweise vorgezogenen Braunkohleausstieg dar?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) führt aus, dass die Frage schriftlich beantwortet werde, aber mündlich ergänzt werden könne.

Matthias Rehfeld-Klein (SenUMVK) erläutert, dass LOHSA II ein Speicherbecken in der oberen Lausitz und Teil eines Maßnahmenpakets zur Bewirtschaftung der Spree-Wasserressourcen sei. Das Gesamtsystem sei noch nicht vollständig fertiggestellt, insofern könne eine einzelne Maßnahme noch nicht den Veränderungen durch Klimawandel und Bergbau entgegenwirken. Welchen Beitrag der Speicher genau leiste, müsse nach Fertigstellung analysiert werden. Generell werde der Speicher in Niedrigwasserperioden den Wasserstand der Spree abstützen. – Zu der Frage der Auswirkungen des vorzeitigen Braunkohleausstiegs könne noch nicht ausgeführt werden. Der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte vorgezogene Ausstieg aus der Braunkohleförderung bis 2030 werde den Wasserhaushalt stark beanspruchen. Das beeinflusse auch die Zusammenarbeit von Sachsen, Brandenburg und Berlin, die sich seit 20 Jahren zum Wasserhaushalt abstimmen. Die kurzfristigen Auswirkungen würden in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltamt analysiert. Es sei zu hoffen, dass die notwendigen Maßnahmen zur Kompensation des Wasserdefizits bis 2024 benannt und verabredet werden könnten.

Dunja Wolff (SPD) bittet, dass die Antwort noch einmal mit einem schriftlichen Bericht abgegeben werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und das der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenregenentwässerung

Frage Nr. 52a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Dienen die Maßnahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – WRRL –? Warum werden diese nicht in einem Titel oder einer MG gebündelt? Wie verhalten sich die eingestellten Mittel zu den geschätzten Kosten, vgl. Schriftliche Anfrage 19/10732? Welche zusätzlichen Maßnahmen könnten kurzfristig realisiert werden?

Welche Maßnahmen sind mit dem Ziel der Abkopplung der Flächen am Landwehrkanal vorgesehen? Welche Zeitpläne gibt es für diese Maßnahmen? Inwiefern findet die Abkopplung von der Kanalisation beim Radwegebau Berücksichtigung.

Frage Nr. 52b, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Gründe für den langsamen Baufortschritt.

Welche Projekte zur Gewässergüte sollen geschoben werden? Welche Auswirkungen kann das auf die Erfüllung der EU-Wasserrahmenrichtlinie haben?

Frage Nr. 52c, FDP-Fraktion

Warum liegt der HH-Ansatz unter den eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen für 2022 und 2023?

Welche Maßnahmen und Ausgaben sind im Einzelnen geplant?

Wie findet die vom Projektträger unabhängige Erfolgskontrolle durch den Senat statt?

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, dass die Frage mit einem schriftlichen Bericht beantwortet werde.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, ob der Titel tatsächlich finanziell auskömmlich ausgestattet sei. In Diskussionen zu diesem Titel sei häufig ausgeführt worden, dass die Mittel nicht ausreichen und gleichzeitig auch nicht genug Personal vorhanden sei, um zusätzliche Mittel auszugeben. Dadurch könne auch die Frist der WRRL nicht eingehalten werden, was wahr-

scheinlich 500 Mio. Euro Kosten verursache. Der Vorschlag der Koalition, die Fragen zu der WRRL zu bündeln, könne mehr Transparenz schaffen.

Matthias Rehfeld-Klein (SenUMVK) erläutert, dass die SenUMVK auf der Grundlage dieses Titels, der seit vielen Jahren im Bereich von 7 Mio. Euro pro Jahr liege, mit den Wasserbetrieben das entsprechende Bauprogramm aushandle. Zu beachten sei, dass die Maßnahmen einen zeitlichen Vorlauf benötigten. Im Bereich der Kanalisation in der Innenstadt liege dieser bei mindestens 5 bis 7 Jahren, teilweise auch 10 Jahre. Größere Maßnahmen wie das Speicherbecken am Mauerpark bräuchten 12 bis 14 Jahre. Insofern brauche die BWB finanziell vor allem eine mittel- bis langfristige Perspektive, um sich bei den Planungen darauf einstellen zu können. Um die Ziele der WRRL zu erreichen, brauche es noch mehr Anstrengungen. Es werde konzeptionell daran gearbeitet, und die Haushaltsvorsorge müsse Stück für Stück getroffen werden.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob es möglich wäre, im nächsten Doppelhaushalt eine Maßnahmengruppe zur Umsetzung der WRRL einzurichten. Das werde unter anderem von Umweltverbänden gefordert und würde die Transparenz fördern. Viele Ausgaben seien über verschiedene Titel und Kapitel verteilt, was es verkompliziere, diese in einem Titel zusammenzufassen. – Es wäre interessant aufzuführen, welche Maßnahme der WRRL diene und wie groß der Planungsvorlauf und das Finanzierungsvolumen seien. Des Weiteren gebe es die Frage, inwieweit das in der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung des Landes oder der Wasserbetriebe abgesichert sei. Das sei nötig zu wissen, um das Ziel auch langfristig verfolgen zu können.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) unterstreicht, die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie benötige größere Investitionsbedarfe, als derzeit im Einzelplan 07 abgedeckt seien. Das Thema sei bedeutend und müsse verwaltungsübergreifend finanziert werden. Eine Möglichkeit, das voranzubringen, sei der Aufsichtsrat der BWB. – Die Einführung einer Maßnahmengruppe im Einzelplan sei möglich.

Benedikt Lux (GRÜNE) präzisiert, dass bei der Bewertung möglicher weiterer Finanzmittel eine Zeitschiene hilfreich sei. – Wann werde mit Verpflichtungsermächtigungen gearbeitet, wann seien Planungsmittel, vielleicht sogar schon in diesem Haushalt, hilfreich? – Angesichts der lange Planungsvorläufe müsse geklärt werden, wann welche Investitionen sinnvoll und personell auch umsetzbar seien.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, ob der Titel aus fachlicher Sicht weitere Themen umfassen müsse. Derzeit beziehe er sich nur auf die Zuschüsse zum Bestand der Straßenregentwässerung.

Matthias Rehfeld-Klein (SenUMVK) stimmt zu, dass der Titel eigentlich für die Investitionen der BWB in das Kanalnetz bestimmt sei. Es gebe aber den Paradigmenwechsel hin zu dezentralen Maßnahmen sowie verstärkt an der Oberfläche zu arbeiten. Daher werde diskutiert, perspektivisch auch dezentrale Maßnahmen in diesem Titel aufzunehmen. Das müsse aber zuerst haushaltstechnisch ermöglicht werden. Außerdem brauche es Gespräche mit weiteren Akteuren wie der BIM, den Bezirken sowie den Wohnungsbaugenossenschaften, die bei der Umsetzung Partner seien. Eine Erweiterung des Titels sei denkbar und auch wünschenswert.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen mit einem schriftlichen Bericht beantwortet würden und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Kapitel 0721 – Fischereiamt

Ellen Haußdörfer (SPD) beantragt, dass alle Kapitel im Einzelplan 07, die an den Ausschuss überwiesen worden seien, zur zweiten Lesung zurückgestellt würden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Tiefbau –

Oliver Friederici (CDU) erkundigt sich, ob die Fragen und Titel der lfd. Nummern 54 bis 57 erneut aufgerufen würden. Diese seien bereits im Ausschuss für Mobilität angesprochen und Berichtsaufträge ausgelöst worden.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) merkt an, die Titel seien tatsächlich doppelt überwiesen worden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert, dass die Titel mitberaten würden und daher in beide Ausschüsse überwiesen worden seien. Die Federführung sei jedoch unklar.

Felix Reifschneider (FDP) bittet, dass die Berichtsaufträge und die schriftlichen Antworten der Titel, die beide Ausschüsse betreffen, auch an beide Ausschüsse versandt würden.

Frank-Christian Hansel (AfD) weist darauf hin, dass es bei den lfd. Nummern 54 bis 57 auch Unterschiede zum Mobilitätsausschuss gebe. Außerdem unterstütze er den Vorschlag des Abgeordneten Reifschneider.

Ellen Haußdörfer (SPD) ergänzt, dass nicht alle Titel des Kapitels 0740 an den Mobilitätsausschuss überwiesen worden seien. Des Weiteren sei zu erwarten, dass die SenUMVK die verschiedenen Berichtsaufträge sinnvoll zusammenführen werde.

Titel 12204 – Entgelte für Sondernutzung öffentlicher Gewässer

Frage Nr. 54, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Können die Nutzungen genauer beschrieben werden? Werden intensive/schädliche Nutzungen höher bepreist? Können die Einnahmen erhöht werden bei gleichbleibender Gesamtnutzung?

Lutz Adam (SenUMVK) erläutert, die SenUMVK sei für die Gewässer erster Ordnung und fließende Gewässer zweiter Ordnung mit den dazugehörigen Grundstücken als Hauptverwaltung zuständig. Die Nutzungen umfasse Einlassbauwerke, Durchlaufbauwerke, die Nutzung von Sportvereinen, Steganlagen, Bojen und die Nutzung in Verbindung mit angrenzenden

Wasserflächen. – Intensive oder schädliche Nutzungen würden nicht höher bepreist, da jedes Wassergrundstück eine wasserbehördliche Genehmigung brauche, die schädliche Nutzungen nicht zulasse. Ob die Einnahmen erhöht werden könnten, sei abhängig von der Nutzung. Bei Sportanlagen sei keine Einnahmenerhöhung möglich, da die Entgelte in der Sportanlagennutzungsverordnung geregelt seien. Bei einer Nutzung von überwiegend Jugendlichen gebe es auch verminderte Nutzungsentgelte, die festgelegt seien. Für andere Grundstücke würden die Nutzungsentgeltverordnung neu gefasst und an die gestiegenen Verkehrswerte angepasst. Hier sei eine Einnahmensteigerung möglich.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob eine intensive Nutzungen höher bepreist werde. Ein Beispiel sei die ganzjährige Nutzung eines Wassergrundstücks gegenüber einer saisonalen Nutzung. – Insgesamt sei die mündliche Antwort ausreichend.

Lutz Adam (SenUMVK) führt aus, dass es derzeit keine Unterscheidung der Intensität der Nutzung gebe. Es könne aber geprüft werden, das in die Neufassung der Nutzungsentgeltverordnung aufzunehmen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben

Frage Nr. 55, Fraktion der SPD,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie lange werden die Gasbeleuchtungsanlagen täglich angeschaltet? Kann dies zentral gesteuert bzw. dadurch Einsparungen an Erdgas möglich werden?

Wie viele Laternen sind schon auf LED umgerüstet, wie kann der Prozess beschleunigt werden? Müssen Gaslaternen aus technischen oder rechtlichen Gründen erhalten bleiben? Wie wirkt sich der Preisanstieg aus?

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob es zutreffend sei, dass die Gaslaternen nicht mit einer geringeren Leuchtkraft betrieben werden könnten, weil Vorgaben der Verkehrssicherungspflicht das verhinderten. – An welcher genau Stelle sei das schriftlich fixiert?

Lutz Adam (SenUMVK) erläutert, dass die Beleuchtungspflicht im § 7 Berliner Straßengesetz festgehalten sei. Gemäß dem verabschiedeten Lichtkonzept müssten Gehwege mit fünf Lumen ausgeleuchtet werden. – Gasbeleuchtungsanlagen würden mit einem Dämmerungsschalter gesteuert. Andere Methoden seien nicht möglich, da an Gasleuchten kein Strom anliege. Das führe zu einer Brenndauer von 14 200 Stunden für jede Gasleuchte pro Jahr. Gasleuchten verursachten deutlich höhere Betriebskosten als modernere LED-Leuchten, da 94 Prozent der Energie als Wärme abgegeben werde, außerdem sei die veraltete Technik kaum zu reparieren. Der Betrieb einer Gasleuchte verursache pro Leuchte 400 bis 500 Euro Kosten pro Jahr gegenüber 80 Euro für eine LED-Leuchte. Insofern werde außerhalb der Gaserhaltungsgebiete angestrebt, die Gasleuchten zu ersetzen, aber bislang hätten nur 20 000 der bestehenden 40 000 Gasleuchten umgerüstet werden können. – Die im Titel aufgeführten Energiekosten seien auf der Basis von Anfang 2021 berechnet worden. Insofern sei zu erwarten, dass mit erheblichen Kostensteigerungen zu rechnen seien.

Felix Reifschneider (FDP) fragt nach, ob eine beschleunigte Umrüstung nicht wirtschaftlicher sei, als die Betriebskosten der Gasleuchten weiter zu tragen.

Danny Freymark (CDU) erkundigt sich, wie viele Gasleuchten in den Gaserhaltungsgebieten erhalten blieben.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) ergänzt die Frage, ob die Gasleuchten in Gaserhaltungsgebieten mit LED-Leuchten in historischem Design ersetzt werden könnten.

Lutz Adam (SenUMVK) führt aus, dass es die Übereinkunft mit dem Landesdenkmalamt gebe, in Gaserhaltungsgebieten, die auch komplett in Flächendenkmälern lägen, 3 300 Gasleuchten zu erhalten. Es habe auch Bürgerinitiativen gegeben, die die Gasleuchten in Gänze erhalten wollten. Hier gebe es die Vereinbarung, in Flächendenkmälern historisierende oder originale Masten für LED-Leuchten einzusetzen. Das verteuere die Umrüstung, sei aber noch wirtschaftlich. Eine Beschleunigung der Umrüstung von 2 000 auf 3 000 Leuchten pro Jahr wäre möglich, aber der Anbietermarkt sei begrenzt. Größere Zahlen würden nur die Umrüstungskosten weiter erhöhen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen teilweise bereits mündlich beantwortet seien und zu den weiteren Fragen ein schriftlicher Bericht angefertigt werde. Der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 52102 – Unterhaltung von Brücken, Tunnel- und Ingenieurbauwerken im Zuge von Straßen und Wegen

Frage Nr. 56a, Fraktion der CDU

Bitte Bericht zu Sachständen der Projekte 1-10.

Frage Nr. 56b, AfD-Fraktion

Bitte die Prioritätenfestsetzung für die Unterhaltung dieser Bauwerke erläutern. Mit welcher Entwicklung wird hier mittelfristig gerechnet?

Oliver Friederici (CDU) spricht sich dafür aus, zur Beschleunigung des Verfahrens auf die Verlesung der Fragen der CDU in diesem Kapitel zu verzichten. Die Fragen der CDU seien bereits im Mobilitätsausschuss angesprochen worden und entsprechende Berichtsaufträge seien ergangen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss die Verfahrensregeln beschlossen habe. Der Hinweis der CDU werde aber aufgenommen. Er halte fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft

Frage Nr. 57a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie hoch ist der tatsächliche Bedarf? Wie hoch ist der Sanierungsstau? Könnten mehr Mittel für die Wasserstraßen auch rechtzeitig verausgabt werden? Kann die Unterhaltung auch durch Beauftragte wahrgenommen werden und möglicherweise Synergien erzielt werden?

Frage Nr. 57b, Fraktion der CDU

Bitte genauere Erläuterung der Sachstände zu den Projekten 1-4.

und

Titel 52106 – Sanierung Rummelsburger See

Frage Nr. 58, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Was plant der Senat, damit die beabsichtigten Sanierungsmaßnahmen nachhaltig wirken?

sowie

Titel 52117 – Ufersanierung

Frage Nr. 59, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Aufschlüsselung der erfolgten und geplanten Maßnahmen, Projekte und Standorte. Wie hoch ist der ermittelte Bedarf für welche Ufer?

Lutz Adam (SenUMVK) erläutert, dass keine weiteren Synergien zu erwarten seien. Die SenUMVK habe bereits alle Bauherrnaufgaben, die delegierbar seien, an beauftragte Ingenieurbüros abgetreten. – Ein höherer Finanzbedarf sei zwar angemeldet worden, aber aufgrund der Haushaltskonsolidierung seien die Mittel reduziert worden. Es gebe bei den Uferwänden einen erheblichen Instandsetzungsrückstau, sodass die Mittel hätten verausgabt werden können.

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, die Fragen lfd. Nummern 57 bis 59 in einem Bericht zum Thema „Ufer“ zusammenzuführen.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet, die Frage, wie hoch der tatsächliche Bedarf sei, genauer zu beantworten. Des Weiteren solle darauf eingegangen werden, welche positiven Effekte die Ufersanierung und der Unterhalt von baulichen Strukturen an den Wasserstraßen für die Umwelt hätten.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) teilt mit, dass die Frage zum Rummelsburger See mündlich erläutert werden könne.

Lutz Adam (SenUMVK) erläutert, die Sanierungsmaßnahmen am Rummelsburger See umfassten die Entfernung von belasteten Sedimenten im Uferbereich. Das sei nachhaltig, stelle aber nur eine Teilsanierung dar. Der See sei insgesamt hochbelastet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein gemeinsamer schriftlicher Bericht zu den Fragen lfd. Nr. 57 bis 59 gewünscht werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt seien.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Frage Nr. 60, AfD-Fraktion

Wo werden die Stellenausschreibungen regelmäßig beworben? Gibt es Kooperationen mit Externen die zur Personalgewinnung herangezogen werden? Wenn nein, wieso nicht?

Lutz Adam (SenUMVK) führt aus, dass alle Stellenausschreibung gemäß der AV Stellenausschreibung über das Jobportal des Landes sowie alle kostenfreien externen Portale veröffentlicht würden. Aufgrund der Konkurrenz zwischen Arbeitgebern bei Ingenieuren/-innen müssten auch kostenpflichtige Portale wie StepStone und Bauingenieur24 genutzt werden. Die Erfahrung zeige, dass diese Portale von Ingenieuren/-innen häufiger genutzt würden. Sogenannte Headhunter würden nur in Ausnahmefällen eingesetzt, da sie kostenintensiv seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 61, Fraktion der CDU

Lfd. Nr. 2: Wofür ist hier eine Erhöhung notwendig?

Lutz Adam (SenUMVK) weist darauf hin, dass diese Frage bereits im Mobilitätsausschuss mündlich beantwortet worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage bereits beantwortet sei.

Titel 54049 – Leistungen für die öffentliche Beleuchtung

in Verbindung mit

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen

und

Titel 72015 – Ersatz und Umbau von Gasstraßenbeleuchtungsanlagen

Frage Nr. 62, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte genauere Daten für die Kosten und Nutzen für die Umstellung von Gas- zu elektrischer Straßenbeleuchtung. Was kostet der Umbau einer Laterne im Durchschnitt? Welche Bewirtschaftungskosten gibt es jeweils? Wie viel CO₂ wird dadurch eingespart?

Lutz Adam (SenUMVK) schlägt vor, dass die schriftlichen Berichte zu diesen Titeln sowie zu dem Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben zu einem Bericht zum Thema Energie und Straßenbeleuchtung zusammengefasst würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Fragen wie vorgeschlagen mit einem schriftlichen Bericht beantwortet würden und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt seien.

Titel 63107 – Ersatz von Ausgaben an den Bund

Frage Nr. 63, Fraktion der CDU

Lfd. Nr. 4: Wofür ist hier eine Erhöhung notwendig?

Lutz Adam (SenUMVK) weist darauf hin, dass diese Frage bereits im Mobilitätsausschuss mündlich beantwortet worden sei.

Oliver Friederici (CDU) stimmt zu, dass die Frage beantwortet sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage erledigt sei.

Titel 72003 – Neubau einer Straßenverbindung An der Wuhlheide bis Märkische Allee (Weiterbau der TVO - Tangentialverbindung Ost)

Frage Nr. 67, AfD-Fraktion

Bitte den geplanten Bauablauf zeitlich und kostenmäßig ab 2026 genauer darstellen.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) schlägt vor, diese Frage mündlich zu beantworten.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde.

Lutz Adam (SenUMVK) verweist darauf, dass es einen halbjährlichen, ausführlichen Bericht an den Hauptausschuss gebe, der die Fragen zur TVO beantworte.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erkundigt sich, ob die Frage damit erledigt sei. Ein weiterer Bericht würde nur den bestehenden Hauptausschussbericht wiedergeben.

Frank-Christian Hansel (AfD) zeigt sich damit einverstanden, dass die Frage erledigt sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 72211 – Neubau eines Straßentunnels von Reichpietschufer bis Heidestraße einschließlich Straßenbrücke über den Landwehrkanal

Frage Nr. 69, Fraktion der CDU

Wofür genau müssen hier noch Mittel aufgewendet werden?

Lutz Adam (SenUMVK) weist darauf hin, dass diese Frage bereits im Mobilitätsausschuss mündlich beantwortet worden sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit erledigt sei.

Titel 72715 – Neubau der Elsenbrücke

Frage Nr. 71, AfD-Fraktion

Welche Maßnahmen der Beschleunigung dieses wichtigen Brückenbauvorhabens hat der Senat ergriffen, wie ist der Zeitplan ab 2026 ausgestaltet?

Lutz Adam (SenUMVK) bittet zu beachten, dass bei der Elsenbrücke besondere Parameter vorlägen. Die vermeintlich lange Bauzeit ergebe sich zum einen daraus, dass das Projekt nicht nur eine, sondern drei Brücken umfasse und der Rückbau der sehr stark beschädigten Spannbetonbrücken aufwändig sei. Zum anderen seien Brücken in Berlin auch Träger für Gas-, Wasser- und Stromleitungen, sodass auch die jeweiligen Leitungsbetriebe miteinbezogen werden müssten. Dass der Verkehr auch weiter möglich sein müsse, verlängere die Bauzeit ebenfalls. Daher wechselten die Baumaßnahmen von einer Brückenseite zur nächsten, ebenso müssten die Leitungen immer wechseln. Aktuell würden die Leitungen von Westseite der Brücke zur Behelfsbrücke umgelegt, was ein halbes Jahr dauere.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 52103 – Unterhaltung baulicher Anlagen des Wasserstraßenbaus und der Wasserwirtschaft

Felix Reifschneider (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion zu diesem Titel eine Frage nachreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) schlägt vor, zur Frage lfd. Nr. 73 mündlich zu ergänzen und die schriftliche Antwort mit dem übergreifenden Bericht zu den Ufern zusammenzuführen.

Titel 72850 – Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im Bereich der Teupitzer-, Treptower-, Wildenbruch- und der Lohmühlenbrücke

Frage Nr. 73, Fraktion der CDU

Bitte aktuellen Stand erläutern. Wann ist mit einer Fertigstellung zu rechnen?

Lutz Adam (SenUMVK) merkt an, dass im Mobilitätsausschuss ergänzende Fragen gestellt worden seien. Diese würden ebenfalls im schriftlichen Bericht beantwortet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, das ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

[Sitzungsunterbrechung von 11.08 bis 11.29 Uhr]

Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – Klimaschutz, Naturschutz und Stadtgrün –

Titelübergreifende Fragen

Frage Nr. 76, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie hat sich die Personalsituation im Naturschutz und Stadtgrün, den Berliner Forsten und bei den unteren Umwelt- und Naturschutzbehörden in den letzten zwei Jahren entwickelt und welche Stellenaufwüchse sind geplant?

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, dass im Doppelhaushalt 2020/21 im Bereich Naturschutz und Stadtgrün drei zusätzliche Stellen geschaffen worden seien. Zusätzlich hätten befristete Beschäftigungspositionen verstetigt werden können. Die Personalsituation sei aber weiterhin angespannt. Auch im Bereich Stadtgrün gebe es zwei zusätzliche Stellen. Perspektivisch gebe es im Bereich Naturschutz einen Aufwuchs um vier Stellen, wovon zwei Stellen aber eine Verstetigung im Bereich der artenschutzrechtlicher Genehmigung seien. Der andere Bereich betreffe die Charta Stadtgrün im Hinblick auf die Administration der Umsetzung. Die Charta Stadtgrün sei der Höhepunkt, aber sie baue auf Programmen auf, die schon länger Bestand hätten und notfalls fortgeführt werden könnten, sollte die Charta nicht verabschiedet werden. Eine weitere Stelle werde im Bereich der Büroleitung im Bereich Personal geschaffen. Das sei wichtig, da aufgrund des altersbedingten Ausscheidens einiger Mitarbeiter/-innen Personalbesetzungsverfahren anstünden.

Bei den Berliner Forsten habe es in den letzten zwei Jahren 20 zusätzliche Stellen gegeben, was vor allem Forstwirte seien. Des Weiteren gebe es Projektförster, die Verkehrssicherungsmaßnahmen durchführten. Weitere Stellen gebe es auch im administrativen Bereich. Dennoch sei der Personalbedarf weiterhin hoch, da das konkrete Aufgaben mit zahlenmäßig hohen Belastungen seien. Der Klimawandel verschärfe auch die Arbeit im Bereich der Verkehrssicherungspflicht. Es brauche mutige Menschen, die auch entschieden, einen gesunden

Baum stehen zu lassen. Im Bereich Artenschutz sei die Abarbeitung der vielen Anträge ebenfalls ein Problem.

Auf bezirklicher Ebene seien vor allem die Stellen im Bereich Umwelt und Naturschutz zuständig. Er könne aber keine konkreten Informationen zu der Stellenentwicklung auf Bezirksebene sagen, da in der zur Verfügung gestandenen Zeit die Bezirke nicht hätten abgefragt werden können. Tendenziell gebe es auch dort keine Entspannung. Die SenUMVK würde häufig um Unterstützung gebeten, könne aber kein eigenes Personal abgeben. Wenn auf der Bezirksebene die Projekte besser qualifiziert begleitet werden könnten, wäre es für viele bauliche Entwicklungen besser, was wiederum Wachstum bei Wohnraum bei gleichzeitigem Grünflächenerhalt sichern könne.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, dass es angesichts Klimawandels und dessen Folgen für die Berliner Wälder bedeutend gewesen sei, dass es in den letzten Haushaltsberatungen auch mit Unterstützung der Opposition gelungen sei, diese Stellen zu schaffen. – Gebe es einen Austausch und Unterstützung zwischen den bezirklichen und den Naturschutz- und Umweltschutzbehörden? Wie wirke sich die von der Koalition mit den Bezirken vereinbarte Zielvereinbarung aus?

Julia Schneider (GRÜNE) wendet ein, dass in den vorherigen Legislaturperioden bei den Berliner Forsten massiv gespart worden sei. Daher seien die 20 Stellen eigentlich nur ein Nachholen von bislang eingesparten Stellen. Berlin bestehe zu einem Fünftel aus Wäldern, und diese seien in der Klimakrise wichtige Kohlenstoffsinken, die gepflegt werden müssten. – Im Hinblick auf die Haftungsfragen bei der Verkehrssicherung müsse Berlin seine Mitarbeiter stärker unterstützen. Es gebe neue Arten von Baumschäden, die mit den derzeitigen Methoden nicht erkannt werden könnten und die zu einem plötzlichen Umstürzen führten. – Des Weiteren bitte sie, dass ein schriftlicher Bericht erstellt werde.

Nina Lerch (SPD) fragt nach, wie viele Stellen mit der Flächensicherung der ausgewiesenen Naturschutzflächen betraut seien.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) sichert zu, zu prüfen, wie die SenUMVK die Mitarbeiter/-innen besser vor rechtlichen Folgen schützen könne. Das sei aber nur begrenzt möglich, da Mitarbeiter/-innen in Verwaltungen auch persönlich für Entscheidungen haftbar seien. Das sei auch eine Schutzfunktion für die Öffentlichkeit. – Bei der Unterschützstellung gebe es tatsächlich zu wenig Personal.

Klaus Wichert (SenUMVK) antwortet, dass derzeit zwei Kräfte mit der Sachbearbeitung der Unterschützstellungsverfahren betraut seien. Eine Kraft müsse dieses Jahr ersetzt werden, wofür im Haushalt Ersatz, aber kein weiterer Aufwuchs eingestellt sei. Die Unterschützstellungsverfahren bräuchten sowohl naturschutzfachliche als auch verwaltungsrechtliche Erfahrung, was die Stellenbesetzung erschwere. – Dass das Abgeordnetenhaus einen Stellenaufwuchs bei den Berliner Forsten ermöglicht habe, sei positiv wahrgenommen worden, aber es gebe weiterhin Bedarf.

Die Stellensituationen in den unteren Naturschutzbehörden der Bezirke sei weiterhin angespannt. Er nehme eine Zunahme der Hilfsersuchen im Hinblick auf Unterstützung der fachlichen bezirklichen Tätigkeiten durch die SenUMVK war, was aber nicht für das gesamte Land

Berlin geleistet werden könne, da es sehr viele Anträge Privater sowie von landeseigenen Unternehmen gebe. Die Situation sei für die Mitarbeiter/-innen schwierig, da sie großen Erfolgsdruck hätten, aber auch die Kritik für die Umsetzung von Gesetzen zu tragen hätten. An einer organisatorischen Neuaufstellung, um die Aufgaben besser zu verteilen, werde gearbeitet, aber das mildere das Problem nur.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erwünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 52602 – Sitzungsgelder, Kostenentschädigungen

Frage Nr. 79, FDP-Fraktion

Wie kalkulieren sich die Kosten für den Gestaltungsbeirat Öffentliche Räume? Welche Aufgaben hat der Beirat und wie wird dieser berufen?

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, der Gestaltungsrat sei 2021 eingerichtet worden und habe das Ziel, Anliegen der Bezirke und der Senatsverwaltung bei der Umgestaltung von Stadträumen zu erörtern. Es gebe vor allem auf der Bezirksebene einen großen Beratungsbedarf im Hinblick auf die Auswirkungen der Verkehrswende, der Nutzung gewonnener Freiräume oder der Neugestaltung von Radwegen. Dazu seien Fachleute verschiedener Ressorts berufen worden, die Ratschläge erteilten. Weitere Institutionen seien nicht eingebunden worden, da die fachliche Beratung die dezidierte Aufgabe des Beirats sei. Die Geschäftsordnung könne auf der Webseite der SenUMVK eingesehen werden.

Für die Mitglieder des Beirats gelte die Honorarordnung für Sachverständige. 2021 habe es auch eine finanzielle Unterstützung durch einen Etat der jetzigen SenSBW gegeben, die die Einrichtung einer Geschäftsstelle ermöglicht habe. Es gebe Einigkeit darüber, dass der finanzielle Aufwand auch weiterhin reduziert gehalten werden müsse. Der Ansatz für 2022 sei reduziert, da der Beirat nur für ein halbes Jahr tätig sei, während er 2023 ganzjährig tätig sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

Frage Nr. 80a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Bericht zur Aufteilung der Mittel und bereits geplanten Maßnahmen.

Warum weniger in 2022? Wie hoch ist der Anteil für den Beteiligungsprozess am THF?

Frage Nr. 80b, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen, Zielerreichung und Ausgaben sind im Einzelnen für welche Beteiligungsprozesse geplant?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erwünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 81a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Bericht mit weiteren Erläuterungen zu 4., 20, 21, 23, 24, 25 einschließlich der Ergebnisse aus den Vorjahren bei Wiederholung der Aufträge. Bitte um Aufschlüsselung der Verpflichtungsermächtigungen auf die Maßnahmen.

Noch zu 21: Was ist konkret geplant?

Noch zu 24: Welches Vorgehen ist konkret geplant?

Frage Nr. 81b, AfD-Fraktion

Punkt 24. Wärmeplanung und Wärmekataster, bitte berichten wofür die insgesamt 800.000 Euro aufgewandt werden sollen.

Punkt 25. Hierzu bitte berichten!

Frage Nr. 81c, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen, Zielerreichung und Ausgaben sind im Einzelnen mit welchen Zielen für die laufenden Nummern 7, 11, 14, 15, 24 und 25 vorgesehen?

Ferat Koçak (LINKE) teilt mit, dass seine Fraktion einen schriftlichen Bericht wünsche.

Danny Freymark (CDU) führt aus, dass aufgrund eines Versehens der CDU-Fraktion sieben weitere Berichtsaufträge nicht eingereicht worden seien. Teilweise könnten diese mündlich beantwortet werden, etwa die Frage, welche Projekte in 2020 und 2021 gefördert worden seien.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, die Fragen bei dem entsprechenden Titel mündlich anzukündigen. – Des Weiteren werde ein schriftlicher Bericht gewünscht und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt

Frage Nr. 82, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

An wie vielen Kitas und Schulen welcher Schulformen in welchen Bezirken wurden die Maßnahmen in 2020/2021 jeweils umgesetzt?

Welche Projekte werden davon finanziert? Welche sollen zusätzlich finanziert werden bzw. warum steigt der Ansatz? Wo docken die Projekte an? (Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung)

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] führt aus, bislang finanzierte Projekte seien etwa das Projekt „Energie und Klimaschutz in Kindertagesstätten“. Daran hätten sich 80 Kitas in allen Bezirken außer Mitte beteiligt. Weitere Projekte seien „eineinhalbGrad“, in dem Jugendliche und junge Erwachsene mit diversen Formaten adressiert würden, sowie der Girls Day. Darüber hinaus gebe es das Projekt „Klimaschutz in Kooperation“, an dem 28 Schulen in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Spandau, Reinickendorf, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Tempelhof-Schöneberg teilgenommen hätten. Dabei seien verschiedene Schulformen erreicht worden: Grundschulen, integrierte Sekundarschulen, Gymnasien, Oberstufenzentren und Berufsschulen. Des Weiteren gebe es das Projekt „Schaufenster: Klimaschutz an Schulen“ mit einem Internetauftritt von mittlerweile 76 engagierten Schulen. Im August 2021 sei auch das Projekt „KlimaVisionen“ aufgenommen worden, wo sich zehn Schulen aus den fünf Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Spandau beteiligten. Das umfasse wieder gemischte Schulformen. Ebenfalls werde das Schulfilmprojekt „Abgedreht“ der BSR unterstützt. Die Berliner Energieagentur verleihe Messgeräte verschiedene Energiesparmodelle an Berliner Schulen. Weiterhin gebe es den Wettbewerb „Berliner Klima Schulen“, der sich an alle Altersgruppen und Schulformen richte. Diese Projekte würden weiter unterstützt, obwohl im Doppelhaushalt keine Mittelsteigerung eingeplant sei. Die SenUMVK gehe davon aus, dass der bisher etatisierte Betrag ausreiche, um das Thema Klimaschutz und Bildung auch weiterhin umzusetzen.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) bittet, zur Frage der Zusammenarbeit mit der Bildungsverwaltung zu ergänzen.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, es gebe eine Kooperationsvereinbarung sowie einen themenspezifisch engen Austausch über die verschiedenen Formate, insbesondere zu Weiterbildungsformaten für Lehrkräfte, die weiter fortgesetzt würden.

Katrin Seidel (LINKE) fragt nach, ob die Projekte von der Senatsverwaltung selbst oder von externen Trägern umgesetzt würden.

Danny Freymark (CDU) kommt noch einmal darauf zurück, dass seine Fraktion weitere Berichtsaufträge einreichen werde. Die Zahl habe sich auf 17 erhöht. Sollten diese jeweils einzeln angemeldet werden, oder sei es ausreichend, diese bis zum nächsten Tag schriftlich einzureichen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert, die Verfahrensregeln sähen vor, dass weitere Fragen für schriftliche Berichte beim entsprechenden Titel eingebracht und dann bis zum Folgetag um 12 Uhr schriftlich eingereicht werden müssten.

Danny Freymark (CDU) führt aus, er sei ein Unterstützer des Projekts „Grün macht Schule“ bzw. „Grün macht Kindergarten“. – Gebe es Begleitkampagnen der SenUMVK dazu, wenn

sich eine Schule zur Teilnahme entscheide? Werde geplant, einen „Tag der Nachhaltigkeit“ an allen Schulen zu organisieren? In Österreich gebe es einen „Tag des Abfalls“, an dem gemeinsame Projekte stattfänden.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) antwortet, dass stadtweite Aktionstage nicht angedacht seien.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, dass es verschiedene Partner gebe, beispielsweise die Berliner Energieagentur und beim Thema „Klimaschutz in Kooperation“, wo Energieeinsparung, Energieberatung sowie verschiedene weitere Formate verankert seien, die MUTZ Ingenieurgesellschaft. Dann gebe es das Schulfilmprojekt mit der BSR und der BerlinOnline Stadtportal GmbH zum „Schaufenster: Klimaschutz an Schulen“. Der Wettbewerb werde mit der GASAG und der Berliner Bildungsverwaltung durchgeführt. Bei der „Klimabildung für junge Erwachsene und Jugendliche“ sei die KWM eingebunden. Grundsätzlich würden Leistungen ausgeschrieben und auf deren Grundlage die Dienstleistungsverträge ausgereicht. In seltenen Fällen gebe es eine Zuwendung oder eine Partnerschaft. – Über die Ausweitung und weitere Zusammenarbeiten sei etwa im Rahmen der Fortschreibung des BEK mit der Bildungsverwaltung Kontakt aufgenommen worden. Es werde geprüft, wo es lohne, zusätzliches Geld für Projekte der Bildungsverwaltung oder der Schulen und Kitas zur Verfügung zu stellen. Über das Projekt „Grün macht Schule/Kita“ sowie einen Tag der Nachhaltigkeit sei noch nicht diskutiert worden. Die SenUMVK sei jedoch offen für derartige Projekte.

Ferat Koçak (LINKE) bittet, dennoch einen schriftlichen Bericht anzufertigen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Danny Freymark (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion zu diesem Titel weitere schriftliche Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 54103 – Energiespar-Marketing

Frage Nr. 83, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Erläuterung zu 1. und geplanten Maßnahmen.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, dass im Energiewendegesetz festgehalten sei, dass die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion einnehmen müsse. Dazu gebe es das Berliner Impulse-Programm. Darin würden verschiedene Projekte zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung durchgeführt und mit Informationen und Beratungen begleitet. Zu nennen seien die Zeitschrift ImpulsK, diverse Newsletter, aber auch die Internet-

präsentation sowie drei Veranstaltungen bei den jährlichen Berliner Energietagen. Darüber hinaus gebe es die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit sowie Websitepflege. Das seien wichtige Maßnahmen zur Vermittlung von Informationen im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz. Aufgrund von Verlagerungen der Projekte sei der Bedarf im Doppelhaushaltsentwurf angepasst worden.

Ferat Koçak (LINKE) fragt nach, ob das Marketing private Haushalte oder Unternehmen adressiere. Des Weiteren sei ein schriftlicher Bericht gewünscht.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] antwortet, es richte sich an beide, aber vor allem auch an öffentliche Einrichtungen und Unternehmen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft

Frage Nr. 84a, AfD-Fraktion

Erbitte Berichte über Träger und Mittelverwendung der Aktionsprogramme Schöne Stadt, Urbane Natur und Produktive Landschaft!

Wie viele Dächer wurden im Aktionsprogramm 1 000 Dächer bisher begrünt?

Was ist unter „In-Wertsetzung des städtischen Grüns...“ zu verstehen und wofür genau werden die Mittel eingesetzt?

Frage Nr. 84b, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen und Ausgaben sind im Einzelnen mit welchen Zielen für die laufenden Nummern 1, 2 und 3 vorgesehen?

Frank-Christian Hansel (AfD) teilt mit, dass ein schriftliche Bericht gewünscht werde.

Danny Freymark (CDU) kündigt an, dass die CDU-Fraktion weitere schriftliche Fragen zu den Maßnahmen und Kosten nachreichen werde.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt nach, ob es ein Handlungskonzept für Streuobstwiesen wie in Thüringen gebe werde.

Klaus Wichert (SenUMVK) antwortet, seines Wissens sei derzeit kein entsprechendes Handlungskonzept in Arbeit. Dazu könne jedoch ein schriftlicher Bericht erstellt werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes

Frage Nr. 85, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Warum sinkt der Ansatz?

Erläuterung, welche Maßnahmen die Bezirke zahlen, welche das Land, warum die Mittel der Bezirke auskömmlich sein sollen

Bitte um Bericht zu den zusätzlichen Mitteln für die Bezirke unter den Nummern 80986, 80987 und 80988.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erkundigt sich, ob zu den Fragen lfd. Nummern 85 und 86 ein schriftlicher Bericht gewünscht werde, da diese auch mündlich beantwortet werden könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ wendet ein, dass das Thema „Stadtbäume“ sehr umfassend sei und daher ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Danny Freymark (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion weitere Fragen für einen schriftlichen Bericht zum Thema der Absenkung der Mittel einreichen werde. – Wie bewerteten die Bezirke die Absenkung und sei die auskömmliche Finanzierung trotzdem gesichert?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) unterstreicht, die Stadt- und Straßenbäume seien der SenUMVK sehr wichtig.

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, der Ansatz sinke, da die Konsolidierungsbemühungen des Doppelhaushalts Einschnitte notwendig gemacht hätten. In 2021 seien 5 Mio. Euro ausgereicht worden, und die Bezirke hätten 8,5 Mio. Euro angemeldet. In 2020 seien es 3 Mio. Euro bei einer Anforderung von 10,5 Mio. Euro gewesen. Grundsätzlich seien die Bezirke zuständig, aber in den letzten Jahrzehnten hätten die Mittel der Bezirke nicht ausgereicht, um angemessene Pflegemaßnahmen durchzuführen. Mit den Mitteln seien etwa Standortverbesserungen durch Bodenaustausch vorgenommen worden oder die Nachpflanzungen finanziert worden.

Die Absenkung des Ansatzes erscheine verträglich, da es in den vergangenen Jahren unter den Titeln 80986 – Überprüfung und Kontrolle der Straßenbäume –, 80987 – Umsetzung daraus resultierender Maßnahmen – und 80988 – Verbesserung der Baumstandorte –, die ausschließlich Straßenbäume betrafen, einen Aufwuchs von 15 Mio. Euro gegeben habe, der die Situation der ca. 440 000 Straßenbäume deutlich verbessere. Die Stadtbäume umfassten jedoch auch die Bäume in den Grünanlagen, was weitere 440 000 Bäume seien. Damit der Aufwuchs auch zielgerichtet umgesetzt werde, werde an Zielvereinbarungen gearbeitet, die durch die SenUMVK begleitet würden. Die Mittel unter den genannten Titeln sollten verstetigt werden, was auch von SenFin im Rahmen der Globalsummen berücksichtigt werde.

Die Bezirke hätten jedoch weitere Bedarfe aufgrund der hohen Nachforderungen. Die Kosten entstünden einerseits durch den Klimawandel, andererseits aber auch durch Vandalismus. Die Umsetzung der Maßnahmen führe auch dazu, dass es aufgrund der Strukturen eine Entlastung der Bezirke geben werde, sodass diese auch Mittel umgeleitet werden könnten. Daher erschienen die Einsparungen vertretbar. Wenn zusätzliche Mittel angesetzt würden, müsse das personell abgesichert sein und durch Auftragsvolumina am Markt platziert werden. Die Sen-UMVK unterstütze das, es bleibe aber eine Aufgabe der Bezirke und müsse entsprechend dort verstetigt werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass schriftlicher Bericht gewünscht werde. Die die Fragen der lfd. Nummern 85 bis 87 könnten in einem Bericht zusammengezogen werden. Die Titel würden zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

Frage Nr. 86, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Darstellung der Maßnahmen zum Wildtierschutz; wie kann der Wildtierschutz verbessert werden?

Danny Freymark (CDU) bittet, die insgesamt 120 000 Euro, die im Doppelhaushalt für die Verwaltungsvereinbarung zur Entwicklung des Naturparks Barnim eingestellt worden seien, zu erläutern.

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, dass sei eine Untersuchung zur Einführung einer urbanen Biosphärenregion. Da Brandenburg bereits für elf Naturparks Verantwortung trage, habe Berlin die Aufgabe übernommen, das Projekt zu begleiten und voranzutreiben.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die mündliche Frage damit beantwortet sei. Zur Frage Nr. 86 werde ein schriftlicher Bericht gewünscht und der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz

Frage Nr. 88a, AfD-Fraktion

Teilansatz 8: Wie viele Stadtnatur-Ranger arbeiten in Berlin? Sind sie in allen Bezirken vertreten? Was wird über die Einkommen der Stadtnatur-Ranger hinaus noch mit diesen Mitteln bestritten?

Teilansatz 13: Wofür werden die Mittel verwendet?

Frage Nr. 88b, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen sind mit welchen Zielen und Indikatoren im Einzelnen geplant?

In welcher Form erhält der Bezirk Pankow eine Kompensation, da dieser nicht an der Maßnahme Stadtnatur-Rangerinnen und –Ranger beteiligt ist?

Wann fand die letzte Organisationsuntersuchung der Stiftung StadtNatur statt? Wie viele Beschäftigte und welches Budget hatte die Stiftung damals im Vergleich zu heute? Welche Schwachstellen wurden in der Untersuchung identifiziert, welche Maßnahmen wurden zu Abhilfe vorgeschlagen? Welche Maßnahmen wurden mit welchem Erfolg umgesetzt und welche Maßnahmen wurden aus welchen Gründen nicht umgesetzt?

Liegen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für die Maßnahmen vor, die von der Stiftung Naturschutz umgesetzt werden vor, die die Stiftung Naturschutz als vorzugswürdigen Träger der Maßnahme ausweisen?

Wurden die vorgenannten Untersuchungen sowie Projektevaluierungen veröffentlicht und wenn ja, wo und wenn nein, warum nicht?

Wie findet die vom Projektträger unabhängige Erfolgskontrolle durch den Senat statt?

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet, die Frage der AfD-Fraktion schriftlich zu beantworten.

Danny Freymark (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion weitere Fragen zum Thema Strategie Stadtlandschaft einreichen werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Frage Nr. 89a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Zu 14.: Warum wurde das Pilotprojekt nicht durchgeführt?

Maßnahme 16 (Bildung für ein grünes Berlin, Grün Berlin GmbH): Wo und mit wem wird das durchgeführt?

Frage Nr. 89b, FDP-Fraktion

Welche Maßnahmen und Zuschüsse wurden im Einzelnen mit welchen Zielen und welchem Erfolg bei der laufenden Nummer 14 umgesetzt?

Welche Maßnahmen und Zuschüsse sind im Einzelnen mit welchen Zielen für die laufende Nummer 16 vorgesehen?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) schlägt vor, die Fragen mündlich zu beantworten.

Danny Freymark (CDU) bittet, die Halbierung der Mittel unter der Nr. 7 des Titels – Projekte der Naturschutzarbeit zu erläutern –. Werde das Pilotprojekt zur Begrünung und Solarbedachung von Bushaltestellen weiter verfolgt? Was seien die Aufgaben der neu geschaffenen Stelle bei der Grün Berlin GmbH?

Katalin Gennburg (LINKE) bittet, alle Fragen, die die Grün Berlin GmbH betreffen, schriftlich zu beantworten.

Klaus Wichert (SenUMVK) führt aus, dass es bei den Projekten der Naturschutzarbeit noch keine Festlegung auf konkrete Projekte gegeben habe, was Einsparungen ermögliche. – Das Pilotprojekt der Bushaltestellen scheitere daran, dass keine Partner hätten gefunden werden können. Es habe Bedenken bezüglich der Verkehrssicherungspflicht und Diebstahl gegeben. – Bei der Nr. 16 – Bildung für ein grünes Berlin – Titels handle es sich um eine Fortführung eines erfolgreichen Projekts am Kienberg, das durch Kindergärten und Schulen genutzt würde

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

Titel 68579 – Mitgliedsbeiträge

Frage Nr. 90, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Zu 10: Welche Aktivitäten wurden im Rahmen des Klimabündnisses unternommen?

Punkt 12: Um welche Netzwerke handelt es sich?

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] erläutert, dass das Land Berlin Mitglied des Klimabündnisses sei und die entsprechenden Mitgliedsbeiträge bezahle. Im Gegenzug gebe es Informationen im Bereich Klimaschutz sowie die Möglichkeit der Teilnahme an Kampagnen und Veranstaltungen wie dem Stadtradeln. Aktiv habe sich Berlin jedoch aus Kapazitätsgründen noch nicht eingebracht. – Der Ansatz der Nr. 12 – Mitgliedschaft internationaler Stadtnetzwerke – sei ein Vorsorgeansatz, da die Möglichkeit bestanden habe, dass für die Mitgliedschaft bei C40 zukünftig Beiträge erhoben würden. Das sei aber abgewendet worden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 70115 – Herstellung einer naturnahen Parkanlage im Umfeld des Zentralen Festplatzes am Kurt-Schumacher-Damm

Frage Nr. 91, AfD-Fraktion

Wie korrespondiert diese Maßnahme mit der geplanten Umwidmung der Fläche für Wohnbauzwecke? Wäre unter diesen Umständen nicht die Planung der Ausgleichsmaßnahmen zu überdenken und anzupassen?

Frank-Christian Hansel (AfD) teilt mit, dass die Frage gegebenenfalls mündlich beantwortet werden könne.

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, die Maßnahme werde seit Jahren als Ausgleichsfläche eines Bebauungsplans geplant. Dafür seien 1,2 Mio. Euro etatisiert, die bei einer Umsetzung an den Bezirk ausgereicht würden. Es gebe jedoch Probleme mit Altlasten und gegenläufigen Plänen einer Wohnbebauung. Die SenUMVK warte die Entscheidung des Bezirks ab und hoffe, dass die Ausgleichsmaßnahme dort umgesetzt werden könne. Es gebe große Bedarfe für Ausgleichsmaßnahmen, und die Maßnahme sei kaum an anderer Stelle zu realisieren. Die Bebauungspläne hätten seinerseits Probleme bezüglich der Altlastensanierung und der Verlagerung des dortigen Schaustellergewerbes.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

Titel 70136 – Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030)

Frage Nr. 92, FDP-Fraktion

Welche investiven Maßnahmen können umgesetzt werden, die nicht bereits mit den bestehenden Titeln umgesetzt werden können?

Welche Maßnahmen mit welchen Zielen sind im Einzelnen geplant?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, da es zum Themenbereich BEK die Fragen lfd. Nummern 92 bis 103 gebe, werde ein gemeinsamer Bericht gewünscht.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) schlägt vor, dass zu den Fragen mündlich ausgeführt werde, was eventuell einige Fragen bereits beantworten könne.

Beate Züchner (SenUMVK) [zugeschaltet] verweist darauf, dass vor kurzem der aktuelle Monitoring-Bericht zum BEK veröffentlicht worden sei. Außerdem laufe derzeit die Fortschreibung des BEK, wo die Maßnahmen entwickelt und die Bedarfe geprüft würden. Insofern könne der bestehende Bericht aktuell inhaltlich kaum ergänzt werden.

Zu der Frage Nr. 92 und warum der Titel neu geschaffen worden sei, sei die Antwort, dass es sich dabei um investive Maßnahmen bei der Umsetzung des BEK handle. Zum Beispiel sei im Doppelhaushalt 2020/21 die Aufständigung von Photovoltaikanlagen auf begrünten Dächern gefördert worden, um die Mehrkosten auszugleichen. Die Mittel seien in dem Fall an die SenSBW ausgereicht worden. Darüber hinaus gebe es investive Maßnahmen in die Klimafolgenanpassung, beispielsweise Kiezbrunnen sowie die Entsiegelung von Flächen im Bereich des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde. Bei der Fortschreibung des BEK werde es wahrscheinlich Maßnahmen geben, die investive Ausgaben ermöglichen.

Bei der Frage, woraus sich die Änderungen der Neuaufstellung ergäben, sei bei der Anmeldung des Doppelhaushalts die bisherige Nutzung der Titel, und welche Projekte fortgesetzt werden sollten, der Orientierungspunkt gewesen. Angesichts der bisherigen Klagen, dass die Ausschöpfung der Titel im Rahmen des BEK zurückbleibe, sei es erfreulich, dass für 2022 bereits 10 Mio. Euro verausgabt seien, wobei der konsumptive Bereich führe. Bei den geplanten Projekten seien ebenfalls bereits 16,5 Mio. Euro etatisiert, außerdem gebe es für die kommenden Haushaltsjahre Festlegungen von 3,6 Mio. Euro.

Unter den Projekten, die fortgesetzt würden, sei der Masterplan Solarcity, wo auf Grundlage eines Konzepts diverse Einzelmaßnahmen und Förderprogramme entwickelt worden seien. Dort befinde sich die SenUMVK in Abstimmung mit der SenWiEnBe. Darüber hinaus sei im alten BEK die Servicestelle „Energetische Quartiersanierung“ etabliert worden, die fortgesetzt und ausgebaut werde. Das gelte auch für das Bauinformationszentrum. Dort sei es nach einer EU-weiten Ausschreibung gelungen, ein Konsortium von Dienstleistern zu finden. Die Eröffnung könne voraussichtlich im Spätsommer stattfinden. Verschiedene bezirkliche Projekte würden ebenfalls fortgeführt.

Ferat Koçak (LINKE) bittet, dass die Fragen lfd. Nr. 95 bis 103 zum BEK zusammen in einem schriftlichen Bericht beantwortet würden.

Felix Reifschneider (FDP) bittet um Erläuterung, wie die erwähnte 16,5 Mio. Euro verplant seien.

Danny Freymark (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion weitere Fragen zu den Titel 54121 – Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030), Titel 68301 – Zuschüsse an private Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030), Titel 68478 – Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030), Titel 68527 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) sowie Titel 70136 – Investive Maßnahmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) – sowie Titel 68236 – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) einreichen werde.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) teilt mit, dass diese Fragen mit einem schriftlichen Bericht beantwortet würden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht erwartet werde. Die Titel seien zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Titel 70341 – Investitionen des Kleingartenwesens

Frage Nr. 93, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Warum werden für die Inanspruchnahme von Kleingartenanlagen für Wohnungsbau-, Verkehrs- und Infrastrukturvorhaben keine neuen Anlagen errichtet, sondern Parzellen in vorhandenen Kleingärten geteilt? Inwieweit folgt dies dem Kleingartenentwicklungsplan, der nicht vom Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist?

Danny Freymark (CDU) fragt nach, woraus die Verringerung des Ansatzes für die Jahre 2022 und 2023 resultiere. Das könne schriftlich beantwortet werden.

Katalin Gennburg (LINKE) ergänzt die Frage, was der Stand bei der Neubesetzung des Beirats und den geplanten Aktivitäten sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erinnert daran, dass die Fragen bis um 12.00 Uhr des Folgetags nachgereicht werden müssten. Des Weiteren werde festgehalten, dass ein schriftlicher Bericht erwünscht werde und der Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt sei.

MG 02

Titel 52141 – Maßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsstrategie

Frage Nr. 104, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Um welche vorgezogenen Kompensationsmaßnahmen handelt es sich?

in Verbindung mit

Titel 68241 – Zuschüsse zur Umsetzung der Kompensationsstrategie

Frage Nr. 105, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Siehe Titel 52141.

und

Titel 70118 – Umsetzung von investiven Kompensationsmaßnahmen

Frage Nr. 106, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Warum ist die Verpflichtungsermächtigung im 1. und im 2. Planjahr gesperrt?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) teilt mit, dass die Frage lfd. Nr. 104 mündlich beantwortet werden könne. Zur Nr. 105 müsse die Fragestellung näher erläutert werden.

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, dass die SenUMVK stolz auf das Maßnahmenpaket sei, da es ermögliche, die Ausgleichsmaßnahmen für Bauprojekte innerhalb der Stadtgrenzen zu schaffen. Der Titel 52141 sei eher klein und beinhalte die Planungskosten, die nicht umlagefähig sein. Investoren müssten nur die konkrete Umsetzung der Maßnahmen finanzieren, aber nicht die teilweise bereits im Vorfeld durchgeführten Planungen der Ausgleichsmaßnahmen.

Die Maßnahmen umfassten beispielsweise das Projekt „Blaue Perlen“ und zur Klimawandelanpassung das Maßnahmenpaket für die Gründach-Strategie und das Programm „Grüne Höfe“. Diese dienten der Verbesserung der Lebensqualität in den verdichteten Stadtbereichen. Andere Maßnahmenpakete bezögen sich auf bestimmte Flächenräume, etwa das Wuhletal oder dem Berliner Barnim. Dort würden zusammenhängende Flächen gestaltet, um unterschiedliche Funktionsflächen und Lebensräume zu schaffen. Das seien langfristig angelegte Programme, aber es gebe vorgezogene Maßnahmen, um Ausgleichsflächen für Bautätigkeiten zu schaffen. Der Bedarf sei groß, sodass priorisiert werden müsse. Es gebe auch einen Rückfluss von Mitteln, wenn die Maßnahmen umgesetzt würden.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet, dass ein schriftlicher Bericht angefertigt werde, da der Titel fachlich umfassend sei und Auswirkungen auf den Umwelt-, Bau- und Haushaltsbereich habe. – Des Weiteren müsse erläutert werden, aus welchen Bereichen im Bauplanungsprozess die Mittel umlagefähig entnommen würden.

Das gesamtstädtische Ausgleichskonzept gebe es schon seit Jahrzehnten und werde direkt bezahlt. Laufe die Ökokonto-Maßnahme parallel dazu, oder sei es Teil davon? In welchem Titel befinde sich die Ausgabenseite bei der Umsetzung der Maßnahmen und welche Summen umfasse dieser? Das sei wichtig zu wissen, da das Parlament die Ausgaben- und Einnahmenseiten im Haushalt eng begleiten können müsse, um Schattenhaushalte zu vermeiden. Interessant seien die Rechtsgrundlagen, auf denen die Bauherrn bzw. Investoren die Mittel zu leisten hätten.

Katalin Gennburg (LINKE) präzisiert zur Frage Nr. 105, welche Kompensationsmaßnahmen das seien. Außerdem bitte sie, dass die Berichte zu den Fragen Nr. 104 bis 106 als ein schriftlicher Bericht vorgelegt würden.

Felix Reifschneider (FDP) gibt zu bedenken, dass mit reinen Kompensationsmaßnahmen kein Mehrwert für die Umwelt geschaffen werde. Das, was an der einen Stelle geschaffen werde, werde an anderer Stelle zerstört.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) verwahrt sich gegen den Vorwurf, dass die Ökokonten eine Art Schattenhaushalt seien. Er habe sehr für das Projekt gekämpft und danke der Verwaltung für die gute Umsetzung.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) unterstreicht, dass auch die SenUMVK von dem Projekt überzeugt sei. Die Fragen nach der Funktionsweise seien aber legitim, da es ein kompliziertes Konstrukt sei.

Klaus Wichert (SenUMVK) greift die Kritik auf, dass die Maßnahmen die Naturraumzerstörung allenfalls kompensierten. Bereits die Netto-Null beim Naturschutz sei ein wichtiger Beitrag, um die Lebensqualität der Stadt zu halten. Im Vergleich zu anderen internationalen Großstädten habe Berlin viele Grün- und Naturräume, die auch erhalten und weiterentwickelt werden sollten. Es stelle einen zivilisatorischen Fortschritt dar, Eingriffe in die Natur gleichermaßen auszugleichen. Mit artenschutzrechtlichen, naturschutzrechtlichen und bauplanerischen Ausgleichen sowie dem Waldausgleich gebe es verschiedene Ansätze, die auch in unterschiedlichen Rechtsrahmen zu finden seien. Daher werde versucht, das in sinnvollen Maß-

nahmen zu kombinieren, um die verschiedenen Ansprüche zu überlagern und multifunktionale Flächen zu schaffen.

Dabei stelle das Vorgehen auch keinen Schattenhaushalt dar. Die Ausgleichsverpflichtungen resultierten aus verschiedenen Rechtsgrundlagen, und insofern kämen die Mittel für die Maßnahmen aus unterschiedlichen Quellen, die auch zweckgebunden umgesetzt werden müssten. Beispielsweise sei bei einer baulichen Entwicklung der Bauträger verpflichtet, für die Maßnahmen aufzukommen. Dabei entstehe das Problem der Vorlauffinanzierung und der planerischen Vorleistungen. Vorlaufende Maßnahmen könnten noch keinem Bauträger zugeordnet werden, und die konzeptionellen Planungen seien grundsätzlich nicht umlagefähig, da sie sich nicht auf einzelne Maßnahmen bezögen. Daher sei es auch sinnvoll, das in einem Bericht zusammenzufassen.

Die Arbeit sei sehr komplex, da es viele Flächeneigentümer und -eingriffe gebe, was zu einer Vielzahl von Akteuren führe, sowie eine große Flächenkonkurrenz. Die nötige Vorarbeit der Umsetzungen brauche Zeit und könne nicht beschleunigt werden. Die Senatsverwaltung hoffe, beim nächsten Doppelhaushalt konkrete Bedarfe für die Maßnahmen anmelden zu können. In den Richtlinien der Regierungspolitik gebe es die Flächenagentur, die sich als Akteur mit der Umsetzung beschäftigen solle. Die SenUMVK arbeite daran, dieses Modell, das eher in Flächenländern eingesetzt werde, an Berlin anzupassen. – Das Ökokonto sei keine Konkurrenz zur seit einem Jahrzehnt existierenden gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption, sondern Bestandteil dieser.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Präzisierung, aus welchem Titel die begünstigten Flächen bezahlt würden. Das müsse im Bericht aufgelistet werden. Er habe nicht sagen wollen, dass das ein Schattenhaushalt sei, sondern dass die Gefahr von Nebenhaushalten bestehe. Diese seien nicht illegal, aber es brauche eine politische Verständigung, beispielsweise durch Debatten wie diese.

Gesetzlich gebe es bereits eine Verständigung wie die bereits erläuterten Rechtsgrundlagen auf der Einnahmenseite. Für die Ausgabenseite müsse aber noch transparenter gemacht werden, wie die hohen Bedarfe nach einem Flächenausgleich befriedigt würden und nach welcher Logik Priorisierungen durchgeführt würden. Er bitte daher um eine Erläuterung der Entscheidungsfindung auf der Ausgabenseite.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) bittet um Präzisierung, ob die Frage nicht nur auf die Umsetzung der Maßnahmen und der Titel, aus denen das bezahlt werde, abziele, sondern auch auf den Weg der Entscheidungsfindung, was mit dem Geld mit welcher Priorität umgesetzt werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) bestätigt, er bitte zu beiden Aspekten um Erläuterungen. Weiterhin sollten die vorhin mündlich erwähnten Rechtsgrundlagen, etwa der Waldschutz, im Bericht zum Zwecke der Nachvollziehbarkeit aufgeführt werden. Da es weitere umweltrechtliche Grundlagen gebe, könne zu einem späteren Zeitpunkt auch überlegt werden, ob das Kompensationsmodell noch ausgeweitet werden könne.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ merkt an, dass die zusätzlichen Fragen bis zum nächsten Tag um 12.00 Uhr eingereicht werden müssten. Des Weiteren werde festgehalten, dass ein

schriftlicher Bericht zu den lfd. Nr. 104 bis 106 gewünscht werde und die Titel zur zweiten Lesung zurückgestellt seien.

MG 03

Frage Nr. 107a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Alle Titel der MG 03 anhalten.

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH

Frage Nr. 107b, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes: Wofür ist der Aufwuchs ab 2022 genau vorgesehen?

Frage Nr. 107c, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten, Bitte um Bericht.

Warum nochmal Aufwuchs um rd. 5 Mio. € in 2023 gegenüber 2021?

Warum ein Zuschuss für die Aufnahme des Betriebs des Eierhäuschens?

Wie hoch war die institutionelle Förderung in den Jahren 2020 und 2021?

Bitte um Aufgliederung der geplanten Verpflichtungsermächtigungen.

Wofür dient der Aufwuchs bei der Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes?

Bitte um Erläuterung zum Teilansatz Urbane Landwirtschaft, worin begründet sich der Aufwuchs?

Frage Nr. 107d, Fraktion der CDU

Welche zusätzlichen Aufgaben/Projekte werden durch die Erhöhung der Mittel durch die Grün Berlin GmbH in den Jahren 2022 und 2023 umgesetzt werden?

Unterhaltung des Spreeparks: Wodurch ist die Erhöhung der Ansätze begründet? Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 2020 und 2021 zu welchen Kosten umgesetzt? Welche Maßnahmen sollen in den Jahren 2022 und 2023 zu welchen Kosten umgesetzt werden?

Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes: Wodurch ist die Erhöhung der Ansätze begründet? Welche Maßnahmen wurden in den Jahren 2020 und

2021 zu welchen Kosten umgesetzt? Welche Maßnahmen sollen in den Jahren 2022 und 2023 zu welchen Kosten umgesetzt werden?

Frage Nr. 107d, FDP-Fraktion

Wie kalkulieren sich im Einzelnen die Kosten für die Projektförderungen und weshalb kommt es zu deutlichen Schwankungen zwischen den Jahren?

Welche ergeben sich die Kosten für die institutionelle Förderung im Einzelnen und welche Maßnahmen werden im Rahmen der institutionellen Förderung umgesetzt?

Wie findet die vom Projektträger unabhängige Erfolgskontrolle durch den Senat statt?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, die Fragen lfd. Nr. 107 bis 110 zu einem Bericht zusammenzufassen.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) führt aus, die SenUMVK würde den gesamten Fragenkomplex zu dem Thema Grün Berlin GmbH schriftlich beantworten wollen.

Dunja Wolff (SPD) bittet, die Frage lfd. Nr. 107b mündlich zu erläutern.

Katalin Gennburg (LINKE) kündigt an, dass ihre Fraktion zu Nr. 107c eine weitere Frage nachreichen werde.

Klaus Wichert (SenUMVK) erläutert, der Aufwuchs zum Tempelhofer Feld diene der Umsetzung des Entwicklungs- und Pflegeplans, was vor allem Baumpflanzungen seien. Dazu gebe es bereits Bauplanungsunterlagen. Näheres könne im schriftlichen Bericht erläutert werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass zu den Fragen lfd. Nr. 107 bis 110 ein zusammengefasster schriftlicher Bericht erwünscht werde. Die Titel seien zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) bittet, das Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – und die Frage lfd. Nr. 132 vorzuziehen.

Einzelplan 27

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Umwelt, Verkehr und Klimaschutz –

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen

Frage Nr. 132, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Was wird unternommen, damit die Mittel für die Unterhaltung der Brunnenanlagen auch verausgabt werden und eine möglichst hohe Zahl an Brunnen ertüchtigt wird?

Stefan Reepschläger (SenUMVK) erläutert, dass die Frage zu Titel 52132 gestellt werde, sich aber auch auf den Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen desselben Kapitels beziehe. Der Titel 52132 finanziere die Betriebskosten der Brunnenanlagen, beispielsweise die Inbetriebnahme nach der Winterpause, die Reinigung, aber seit 2022 auch die Strom- und Wasserversorgung. Mit dem Titel 51900 würden die Reparatur- und Instandhaltungskosten bezahlt. Grundsätzlich seien die Bezirke für die Brunnen zuständig, so dass die Frage, wie die Verausgabung der Mittel unterstützt werden könne, an diese adressiert werden müsse. Die Gelder lägen bei der SenUMVK, um die zweckmäßige Verausgabung sicherzustellen, und würden den Bezirken auftragsweise zur Bewirtschaftung übertragen. Das Projekt laufe derzeit mit acht Bezirken, da für die anderen teilweise noch alte Verträge bestünden und Neukölln Brunnen voll eigenverantwortlich betreibe. Das Projekt werde jedoch ausgeweitet.

Dunja Wolff (SPD) bittet, dass ein schriftlicher Bericht angefertigt werden solle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht gewünscht werde. Der Titel sei zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten

Titel 12511 – Verkaufserlöse

Frage Nr. 112, FDP-Fraktion

Wie erklärt sich der Anstieg der Verkaufserlöse? Welche Menge Holz soll zu welchen Preisen verkauft werden, und wie hoch war die Menge des verkauften Holzes in den Vorjahren?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) bietet an, dass der zuständige Amtsleiter dazu mündlich auszuführen.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten; Amtsleiter) berichtet, dass sich die Verkaufserlöse im Jahr 2018 für Holz auf rund 2,6 Mio. Euro und für Wild auf 105 000 Euro belaufen hätten. 2019 seien Einnahmen von rund 2 Mio. Euro für Holz und 90 000 Euro für Wild erzielt worden. Die Werte für 2020 hätten bei 610 000 Euro für Holz und 111 000 Euro für Wild, für 2021 bei 324 000 Euro [sic!] für Holz und 98 000 Euro für Wild gelegen. Die Zahlen schwankten stark und seien insbesondere beim Holz abhängig von der Marktlage und der Preisentwicklung. Er erinnere an die von Klimaveränderungen hervorgerufenen Absterberscheinungen bei der Fichte. Der Holzmarkt sei mit toter Fichte gesättigt. Dies führe zu einem Preisverfall bei der in Berlin hauptsächlich vorhandenen Kiefer. Vor diesem Hintergrund hätten die Berliner Forsten den Holzmarkt nicht so umfangreich bedient, sondern den eigenen Holzeinschlag reduziert. Das werde dadurch begünstigt, dass sich die Berliner Forsten nicht primär aus den Holzerlösen finanzierten, sondern vom Land unterstützten würden. Insofern sei eine gewisse Steuerung möglich. Für das laufende Jahr plane seine Behörde, den Holzeinschlag wieder etwas zu straffen und ungefähr 100 000 Festmeter einzuschlagen. Etwa ein Zehntel davon komme jeden Monat durch Wachstum an Holzmasse dazu. – Sofern weitere Ausführungen zu den Verkaufserlösen gewünscht seien, müssten diese schriftlich erfolgen.

Felix Reifschneider (FDP) äußert, dass ihm nicht klar sei, wie eine geplante Vervierfachung der Verkaufserlöse erzielt werden könne, wenn der Holzeinschlag nur leicht gestrafft werde. Möglicherweise könne das mündlich geklärt werden.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erklärt, dass die Frage vollkommen nachvollziehbar sei. Bei den geplanten Verkaufserlösen handle es sich um eine Zielgröße. Aus Sicht seiner Behörde könnten mit den angestrebten 100 000 Festmetern etwa der in Rede stehende Betrag erreicht werden. Insofern sei es realistisch, obgleich abhängig von der Marktlage.

Julia Schneider (GRÜNE) erkundigt sich, wohin das geschlagene Holz gehe. Was täten die Berliner Forsten für eine regionale Verarbeitung, Stichwort: Holzbau?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) erläutert, dass seine Behörde anders als die Forstverwaltungen anderer Bundesländer Holz grundsätzlich stehend verkaufe. Nachdem der Förster den Bestand ausgezeichnet und die zu entnehmenden Elemente markiert habe, finde ein Bieterverfahren statt, an dem sich diverse Forstunternehmen beteiligten. Diese böten einen voraus kalkulierten Erlös pro Sortiment und Fest- bzw. Raummeter. Den Zuschlag erhalte, wer am meisten biete. Der Nachteil dieser Vorgehensweise bestehe darin, dass die Berliner Forsten keinen

Einfluss darauf hätten, wohin das Holz gehe; das sei Sache des jeweiligen Unternehmers. Allerdings sei ein „kleines Türchen“ geöffnet worden, indem sich die Berliner Forsten intensiv an der Holzbauinitiative auf dem ehemaligen Flughafen Tegel beteiligten. Dort solle originär Berliner Holz verarbeitet werden; 10 000 bis 20 000 Festmeter seien bereits fernmündlich zugesagt worden. Der Zuwachs an Holz in den Berliner Wäldern übersteige die für das laufende Jahr insgesamt angestrebten 100 000 Festmeter für die Nutzung deutlich. Die Reserven seien insofern vorhanden.

Felix Reifschneider (FDP) bekräftigt, dass er einen schriftlichen Bericht wünsche, der auch die Festmeterzahlen der vergangenen Jahre beinhalten solle. Überdies stelle sich die Frage, worauf sich der Optimismus gründe, in diesem Jahr 3,5 Mio. Euro an Verkaufserlösen zu erzielen, da das schon im vergangenen Jahr gescheitert sei.

Titel 52124 – Unterhaltung der Forsten

Frage Nr. 113, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) schlägt vor, zunächst mündlich zu erläutern. Ggf. könne dann noch ein schriftlicher Bericht folgen.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) schildert, dass der Titel im Jahr 2021 mit 2,5 Mio. Euro zusätzlich ergänzt worden sei. Dadurch habe seine Behörde insbesondere für die Waldbrandvorsorge deutlich mehr Mittel zur Verfügung gehabt. Diese Mittel fielen nun weg. Der Ansatz im Entwurf für 2022/2023 entspreche etwa demjenigen von 2019.

Julia Schneider (GRÜNE) sagt, die Erläuterungen seien ausreichend. Die Koalitionsfraktionen wollten lediglich den Titel zur zweiten Lesung zurückstellen. – Bei der Gelegenheit erkundige sie sich vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, wie es um die Mittelausstattung bei der Waldbrandvorsorge bestellt sei.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) bemerkt eingangs, dass es in Berlin seiner Kenntnis nach in diesem Jahr bisher nicht zu einem Waldbrand gekommen sei. Anders stelle sich die Situation in Brandenburg dar, wo schon viele Brände zu verzeichnen seien. Verantwortlich dafür sei der extrem trockene März. Aufgrund der besseren Vormonate sei der hiesige Waldboden noch nicht allzu trocken. Als problematisch müsse vielmehr das abgetrocknete Gras des vergangenen Jahres und abgestorbenes Heidekraut bezeichnet werden. Diese an sich übliche Lage im Frühjahr werde dadurch erschwert, dass selbiges nicht feucht, sondern sehr trocken sei. Positiv wirke sich aus, dass das Waldumbauprogramm vorankomme und oft schon eine zweite Laubbaumschicht unter den Kiefern und damit weniger Gras vorhanden sei. Insofern sei die Situation noch zu handeln.

Zur Sensorik sei zu berichten, dass die erste Waldbrandüberwachungskamera in Berlin ihren Dienst tue, und zwar auf einem Funkmast auf dem Großen Müggelberg. Sie überwache die Köpenicker Wälder, schaue aber auch nach Brandenburg. Hier bestehe eine Kooperation mit dem Landesbetrieb Forst Brandenburg, der die Berliner Forsten unterstütze. Eine eigene

Waldbrandüberwachungszentrale für eine Kamera aufzubauen, erscheine nicht sinnvoll. Des Weiteren sei geplant, einen zweiten Waldbrandsensor in Grunewald aufzubauen. Damit wäre Berlin vollkommen vom Waldbrandüberwachungssystem abgedeckt. Auch große Industriebrände könnten so schnell lokalisiert werden.

Felix Reifschneider (FDP) fragt, ob es dazu eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Brandenburg gebe und, wenn ja, wie die Kostenverteilung geregelt sei.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) gibt an, dass eine Kooperation mit dem Land Brandenburg bestehe.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) informiert darüber, dass Anfang des Jahres eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet worden sei. Die Kosten für den Betrieb der Einrichtung, für die Überwachungstätigkeit durch Forstwirte in Brandenburg beliefen sich auf etwa 5 000 bis 6 000 Euro jährlich – ein vergleichsweise geringer Betrag. Daneben bestehe ein Vertrag der Berliner Forsten mit der Firma IQ wireless, die die Sensoren pflege und warte. Die Kosten dafür seien mit den genannten vergleichbar, sodass sich eine Gesamtsumme für das Waldbrandüberwachungssystem von 10 000 bis 12 000 Euro ergebe.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass ein schriftlicher Bericht folge.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

Frage Nr. 114, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Als Einstellungsziel werden 7 Auszubildende pro Jahr genannt, 2018 begannen 21 Personen eine Ausbildung als Forstwirt*in. Wie viele von diesen wurden nach ihrer Ausbildung übernommen (reg. Ausbildungszeit)? Wie ist die Planung für die Jahrgänge 2019 ff.?

Gibt es befristete Verträge in Anschluss an eine Ausbildung statt einer unbefristeten Übernahme? Wenn ja, welches sind die Gründe dafür?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) bietet eine mündliche Beantwortung an. Zugleich weise sie darauf hin, dass es in Hinblick auf den Titel ein Problem gebe.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) betont, die Fragen bezögen sich nicht auf den genannten Titel, der für die Fortbildungsmaßnahmen und Schulungen von Bediensteten der Berliner Forsten gedacht sei, sondern auf Titel 42821 – Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte). – Inhaltlich stelle er klar, dass die Berliner Forsten inzwischen acht Auszubildende einstellen dürften. Insgesamt existierten 24 Ausbildungsplätze über drei Jahre. Allerdings beständen nicht alle Auszubildenden die Prüfung. Im Jahr 2018 hätten die Berliner Forsten nur drei von damals noch sieben Personen ein Übernahmeangebot, zunächst befristet, machen können; letztlich habe sich eine Person von den dreien noch für ein Studium entschieden. In ähnlicher Weise hätten 2019 von den acht Personen, die allesamt erfolgreich bestanden hätten, nur fünf das Angebot angenommen. Im vergangenen Jahr seien einige von ihnen wegen Eignung vorzeitig entfristet worden. Im Übrigen seien die Stellen aufgrund von Altersabgängen vorhan-

den. Derzeit laufe eine Abfrage bei den Forstämtern, welche von den zunächst befristet eingestellten fertigen Auszubildenden geeignet seien, in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis überführt zu werden. Grundsätzlich diene die Befristung zu Beginn dem Zweck, herauszufinden, ob die jungen Leute sich in der Praxis bewährten. In Einzelfällen sei das nämlich nicht gegeben. Darüber hinaus wechselten einige Personen während der Befristung ins Studium oder zu anderen Institutionen. Insofern sei generell nicht damit zu rechnen, dass alle acht Auszubildenden eines Jahrgangs übernommen, geschweige denn in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis überführt werden könnten.

Julia Schneider (GRÜNE) will wissen, aus welchen Gründen sich einige dafür entschieden, die befristete Anstellung nach der Ausbildung auszuschlagen. – Ferner bitte sie um nochmalige Erläuterung des Sachverhalts mit den zwei Titeln.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) merkt an, sie habe es so verstanden, dass einige der Betroffenen wegen der guten Ausbildung bei den Berliner Forsten so in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt seien, dass sie eine universitäre Ausbildung anschließen wollten. Daneben gebe es andere Gründe.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) ergänzt, dass einige Abgänge auf den Wechsel zu Privatforstbetrieben oder zu gräflichen Forstverwaltungen zurückzuführen seien. Überdies kämen nicht alle Auszubildenden aus Berlin, beziehungsweise wohnten nicht alle hier; unter Umständen fänden sie eine wohnortnahe Anstellung.

Der Titel 42821 – Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte) – sei der Titel für die Auszubildenden, während es sich bei dem Titel 52501 – Aus- und Fortbildung – um den Fortbildungstitel für die Beamten und Angestellten im Forstbereich handele.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält nach Rückfrage fest, dass die Koalitionsfraktionen keinen schriftlichen Bericht verlangten.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen

Frage Nr. 115, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) legt dar, dass der Ausweis geschlechtssensitiver Daten stets nach Bewerberlage erfolge. Zwar strebe seine Behörde eine paritätische Verteilung an, doch im Forstbereich sei das selten der Fall. Besonders bei Auszubildenden überwögen nach wie vor die männlichen Bewerber, wenngleich der weibliche Anteil steige. Im Bürobereich verhalte es sich genau umgekehrt. – Realistisch erscheine derzeit das Verhältnis von einem Drittel weiblich zu zwei Dritteln männlich.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ fragt, ob ein schriftlicher Bericht gewünscht werde.

Julia Schneider (GRÜNE) äußert, dass die Koalitionsfraktionen lediglich darum gebeten hätten, den Titel zur zweiten Lesung zurückzustellen.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 116 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten

Frage Nr. 116 b, AfD-Fraktion

Teilansatz 4: Wie erklärt sich der Mittelaufwuchs zwischen den Ansätzen für 2022 und 2023?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) sagt, sie gehe davon aus, dass die Koalitionsfraktionen den Titel lediglich zur zweiten Lesung zurückstellen wollten, und hoffe, die Frage der AfD-Fraktion könne zufriedenstellend beantwortet werden.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) führt aus, dass die größten Ansätze in diesem Titel geplante Ausgaben für Erhebungen im Rahmen der Forsteinrichtung seien, also das Aufstellen des Regelwerks für die Bewirtschaftung der Berliner Wälder betreffen. Das werde nacheinander in den vier Forstämtern durchgeführt. Die geplanten Ausgaben für 2022 seien etwas reduziert worden, und zwar auf 230 000 Euro, da Firmen nicht ausreichend zur Verfügung stünden und die Haushaltsmittel erst kurzfristig und für ein halbes Jahr ausgegeben werden könnten. Für das nächste Jahr belaufe sich der Ansatz auf 330 000 Euro. Damit einher gehe der probeweise Einsatz eines neuen Forsteinrichtungssystems: einer Stichprobeninventur. Bisher seien immer die kompletten Bestände aufgenommen worden. Dieses Verfahren sei fehleranfällig und wenig aussagekräftig, zumal die Laubholzanteile unter der Kiefer immer mehr zunähmen. Das neue System ähnele der Bundeswaldinventur.

Frank-Christian Hansel (AfD) gibt an, dass die AfD-Fraktion keinen schriftlichen Bericht erwarte.

Dunja Wolff (SPD) erklärt, sie könne in dem aktuell besprochenen wie auch in den anderen Titeln des Kapitels 0751 – Berliner Forsten – keine Angabe zur Abfallbeseitigung aus den Wäldern finden. Welchem Titel seien diese Kosten zugeordnet, oder entstünden den Berliner Forsten selbst keine Ausgaben in diesem Zusammenhang?

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) antwortet, dass es diesen Titel gebe. Aus dem Stegreif könne er zwar nicht sagen, wo er sich befinde, aber die entsprechenden Ausgaben stiegen beständig an. Die Berliner Forsten führten gemeinsam mit der BSR die Müllbeseitigung durch. Ggf. könne er die Information nachliefern.

Titel 54109 – Mischwaldprogramm

Frage Nr. 117 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke#

Titel anhalten

Die Gelder für das Mischwaldprogramm werden verringert, 2022 auf 1,2 Mio. €, 2023 auf 1 Mio. €. – Wie passt das zum angestrebten Waldumbau, um den Wald als CO₂-Senke weiter zu ertüchtigen? IST-Wert 2021 lag bei 1.576.128 €.

Frage Nr. 117 b, FDP-Fraktion

Wie viel Hektar Wald können mit dem veranschlagten Budget im Sinne des Berliner Mischwaldprogramms weiterentwickelt werden? Wie hoch war das finanzielle IST 2021? Wie viele Hektar Wald wurden im Jahr 2021 im Sinne des Berliner Mischwaldprogramms weiterentwickelt?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, dass der Senat kurz mündlich Stellung nehme. Als derjenige von den Koalitionsfraktionen, auf den die Frage lfd. Nr. 117 a zurückgehe, freute er sich auch über einen schriftlichen Bericht.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) regt zunächst an, dass sich der Ausschuss in nächster Zeit einmal intensiver mit dem Mischwaldprogramm, dem Zustand der Stadtbäume und dem Thema Bäume insgesamt befasse.

Gunnar Heyne (Berliner Forsten) bekundet, dass die Mittel aufgrund der Einsparvorgaben reduziert würden. Außerdem gestalte sich die Pflanzenbeschaffung derzeit sehr schwierig; der Markt sei leer gekauft.

Titel 68458 – Zuschüsse an Organisationen für die Waldschularbeit

Frage Nr. 118 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte Erläuterung der Ansätze für die einzelnen Organisationen. Wieso werden die Zuwendungen an die INU gGmbH abgesenkt? Wie hoch was das IST 2021? Wieso werden die Zuschüsse nicht erhöht, da das IST 2021 bereits über dem jetzt veranschlagten Rahmen lag?

Frage Nr. 118 b, Fraktion der CDU

Wie bewertet der Senat einen perspektivischen Mittelaufwuchs? Wodurch kommt die Verringerung des Ansatzes für die INU gGmbH von 2021 auf 2022 und 2023 zustande?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) sagt, dass dazu ein schriftlicher Bericht folgen werde.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt

Keine Fragen.

[Lüftungspause von 13.30 bis 13.49 Uhr]

Kapitel 0780 – Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz - Verbraucherschutz –

Übergreifend

Frage Nr. 120, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchen Titeln wird eine personelle und finanzielle Stärkung der mit dem Tierschutz beauftragten Landesbehörden abgebildet? Welche Zielrichtung verfolgt der Aufwuchs?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) spricht sich dafür aus, mündlich zu antworten. Dies werde der Leiter der Abteilung Verbraucherschutz, Herr Tielke, übernehmen.

Markus Tielke (SenUMVK) führt aus, dass der Tierschutz in Berlin bei verschiedenen Institutionen angesiedelt sei. So sei es die Aufgabe des LAGeSo, Tierversuche und die Tierversuchshaltung zu überwachen. Im Kapitel 1162 – Landesamt für Gesundheit und Soziales - Gesundheit – seien dafür drei E-14-Stellen enthalten. Ansonsten seien für viele Fragen des Tierschutzes die bezirklichen Veterinär- und Ordnungsämter zuständig.

Dunja Wolff (SPD) bittet angesichts der Vielzahl an parallelen Sitzungen darum, einen schriftlichen Bericht zu erhalten, ggf. zusammengefasst mit den Antworten auf andere den Tierschutz berührende Fragen.

Frage Nr. 121, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchem Titel und in welchem Umfang sind Mittel für eine Evaluierung des Hunderegisters eingestellt?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) regt an, dass die Frage aus den von der Abgeordneten Wolff (SPD) genannten Gründen schriftlich beantwortet werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Koalitionsfraktionen einverstanden seien.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Frage Nr. 122, Fraktion der CDU

Ist mit dem Mittelaufwuchs eine Erhöhung der Stellen verbunden? Falls ja, wo werden diese Stellen geschaffen?

Markus Tielke (SenUMVK) berichtet, dass zwei neue A-14-Stellen geplant seien, und zwar für die Tierseuchenbekämpfung im Kontext mit der Afrikanischen Schweinepest und der Geflügelpest einerseits und für den Aufbau eines neuen IT-Systems für den Ökolandbau sowie eines EU-Vorgaben erfüllenden Qualitätsmanagementsystems andererseits.

Danny Freyemark (CDU) gibt an, auf einen schriftlichen Bericht zu verzichten.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Frage Nr. 123, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Titel anhalten

Welche Publikationen wurden 2020 und 2021 veröffentlicht, mit welchen Auflagen, und welche sind für 2023 und 2024 geplant?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) äußert, dass ein schriftlicher Bericht folge.

Katrin Seidel (LINKE) spricht sich ebenfalls für einen schriftlichen Bericht aus.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Frage Nr. 124, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Erläuterungen zu den einzelnen Punkten 1 bis 8 und zur Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen.

Katrin Seidel (LINKE) bekundet, dass die Koalitionsfraktionen auch hierzu einen schriftlichen Bericht erbäten.

Titel 54053 – Veranstaltungen

Frage Nr. 125, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche verbraucherpolitischen Veranstaltungen wurden in 2020/21 finanziert, und welche sollen in den kommenden Haushaltsjahren finanziert werden?

Bitte um eine maßnahmenscharfe Aufschlüsselung des Mittelabflusses (IST-Werte) verbunden mit der Bitte um Erläuterung, wieso eine Absenkung der Mittel für digitale Angebote angemessen erscheint. Mit der Bitte um eine Übersicht über die durchgeführten Veranstaltungen mit diesen Mitteln.

Katrin Seidel (LINKE) plädiert abermals für einen schriftlichen Bericht.

Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie

Frage Nr. 128 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen wurden in 20/21 in welcher Höhe finanziert, und welche Maßnahmen sind in 22/23 in welcher Höhe geplant?

Frage Nr. 128 b, AfD-Fraktion

Welche konkreten Maßnahmen sind hier vorgesehen? Sind Zuschüsse zu Kantinenessen geplant, oder bezieht sich das Programm lediglich auf Beratung und Planung von Zubereitung und Zusammenstellung der Kantinenversorgung? Was ist unter „Lebensmittelpunkte“ zu verstehen?

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bezeichnet es in seiner Rolle als Sprecher seiner Fraktion für Ernährung und Landwirtschaft als wünschenswert, dass ein schriftlicher Bericht vorgelegt werde.

Frank-Christian Hansel (AfD) erklärt, dass seine Fraktion ebenso eine schriftliche Beantwortung wünsche.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) kündigt an, die Fragen lfd. Nr. 128 a und 128 b im Zusammenhang zu beantworten.

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.

Frage Nr. 129 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bitte um Aufgliederung des Zuschusses bezüglich der verschiedenen Unterposten.

Zu 2. bitte Projekte mit jeweiligem Anteil Landes- und Bundesförderung angeben.

Welche Maßnahmen wurden aus diesem Titel in 20/21 in welcher Höhe gefördert, und welche sind in welcher Höhe geplant? Ist der zusätzliche zweite Standort der Verbraucherzentrale im Osten der Stadt hier finanziell abgesichert? Wenn ja, in welcher Höhe? Was ist geplant, damit die Verbraucherzentrale über den Zeitraum des DHH hinaus Planungssicherheit hat?

Frage Nr. 129 b, Fraktion der CDU

Wie ist der aktuelle Stand bzgl. eines weiteren Standorts im Ostteil der Stadt? Sind hierfür Mittel vorgesehen? Falls ja, an welcher Stelle und in welcher Höhe? Falls nein, weshalb nicht?

Frage Nr. 129 c, FDP-Fraktion

Wie viele Voll- und Teilzeitkräfte sind aktuell in der Verbraucherzentrale beschäftigt? In welcher Form sind die Personalkosten für die Jahre 2022/2023 und haushaltsplandauerübergreifend abgesichert, um erfahrenes Personal langfristig binden zu können? Über welche Titel im Haushalt wird die neue Außenstelle der Verbraucherzentrale im Ostteil der Stadt finanziert? Bleibt die mobile Beratung der Verbraucherzentrale erhalten?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ schlägt vor, es solle ein schriftlicher Gesamtbericht zur Verbraucherzentrale angefordert werden.

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) sagt zu, einen solchen Bericht zu erstellen.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) hebt hervor, dass es gelungen sei, die Mittel für einen Standort der Verbraucherzentrale im Ostteil der Stadt im Haushalt darzustellen. Die Ansätze für die Jahre 2022 und 2023 würden entsprechend erhöht.

Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung

Frage Nr. 130 a, Fraktion der SPD,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen wurden in 20/21 in welcher Höhe finanziert, und welche Maßnahmen sind in welcher Höhe in 22/23 geplant?

Frage Nr. 130 b, Fraktion der CDU

Wodurch begründet sich die Reduzierung der Mittel? Welche Projekte werden hier von betroffen sein?

Frage Nr. 130 c, FDP-Fraktion

Womit erklärt sich die Absenkung der Zuschüsse für die Förderung zur Verbraucheraufklärung im Vergleich zu den Jahren 2020 und 2021? Welche Projekte sind im Einzelnen geplant?

Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK) merkt an, dass auch zu diesem Fragenkomplex ein schriftlicher Gesamtbericht erstellt werde.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) ergänzt seine Ausführungen zur Frage lfd. Nr. 129 a mit der Bemerkung, dass die Planungssicherheit der Verbraucherzentrale über den Doppelhaushalt hinaus insofern gegeben sei, als sie eine institutionelle Förderung erhalte. Gleichwohl wolle SenUMVK in Gespräche über die Frage der Verpflichtungsermächtigung eintreten, um die institutionelle Förderung langfristig abzusichern; diese sei noch ausbaufähig.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

Übergreifende Fragen in Bezug auf Einzelplan 27

Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erinnert daran, dass die Frage lfd. Nr. 132 bereits behandelt worden und der Ausschuss damit am Ende der Beratung anhand der Synopse angelangt sei. Er danke der Hausleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der SenUMVK für die Beantwortung der Fragen.

Zudem halte er fest, dass der Tagesordnungspunkt 1 bis zur zweiten Lesung der ausschussrelevanten Teile des Haushaltsgesetzes am 12. Mai 2022 vertagt sei. Die Senatsverwaltung werde gebeten, die angeforderten Berichte bis zum 25. April 2022 in Form einer Sammelvorlage dem Ausschussbüro digital zu übermitteln.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.